

Grundlagen der Volkswirtschaftslehre

Dr. Horst-Henning Jank

VWA Kaiserslautern
Herbst 2020

INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
A EINFÜHRUNG UND HAUPTFRAGEN DER VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE	4
A.1 Gegenstand	4
A.2 Theorien und andere Aussagen.....	4
A.3 Modellbildung	7
A.4 Rationales Verhalten	8
B GRUNDPROBLEME JEDER VOLKSWIRTSCHAFT.....	9
B.I Grundproblem und Grundbegriffe.....	9
B.I.1 Knappheit und Entscheidung	9
B.I.2 Alternativkosten.....	9
B.I.3 Die Produktionsmöglichkeiten	10
B.I.4 Produktionsfaktoren	11
B.I.5 Ertragsgesetze	12
Exkurs: „Österreichische“ Kapitaltheorie	12
B.I.6 Die Transformationskurve.....	13
B.I.7 Arbeitsteilung: das Theorem der komparativen Kostenvorteile	16
B.II Marktwirtschaft versus Zentralverwaltungswirtschaft: Zwei Lösungsversuche für das ökonomische Grundproblem	18
B.II.1 Koordination und Regeln	18
B.II.2 Allokation	18
Exkurs: zur Beurteilung gesellschaftlicher Wohlfahrt - das Pareto-Kriterium.....	19
B.II.3 Social Organizers und Regelsysteme.....	19
B.II.4 Zentralverwaltungswirtschaft: geplante Ordnung.....	21
B.II.5 Das Wissensproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft	21
B.II.6 Marktwirtschaft: spontane Ordnung	23
B.II.7 Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren	24
B.II.8 Eigennutz und Gemeinwohl: die unsichtbare Hand.....	24
B.II.9 Ethische Basis der Marktwirtschaft: Austauschgerechtigkeit („Do ut des“)	26
B.II.10 Fazit.....	26
C INSTITUTIONELLE VORAUSSETZUNGEN DER MARKTWIRTSCHAFT	28
C.I Die Rationalitätenfalle: das klassische Prisoners‘ Dilemma.....	28
C.II Privatautonomie und Eigentumsrechte, Vertragsfreiheit und spontane Ordnung....	30
C.III Selbstdurchsetzende Regeln (Konventionen)	32
C.IV Geld.....	33
D MARKT UND PREISBILDUNG	35
D.1 Die Akteure	35
D.2 Marktwirtschaftliche Koordination durch den Preis	35
D.3 Spezialfälle	39
D.4 Änderungen von Angebot und Nachfrage	41
D.5 Die unsichtbare Hand	42

E BEGRÜNDUNGEN FÜR STAATSEINGRIFFE	43
E.I Allokation	43
E.I.1 Öffentliche Güter (Kollektivgüter)	43
E.I.2 Externe Effekte	44
E.I.3 „Natürliche“ Monopole	47
E.I.4 Asymmetrische Information	50
E.II Distribution	51
E.II.1 Das zu verteilende Volkseinkommen: volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	51
E.II.2 Verteilung: aktuelle Befunde	53
E.II.3 Umverteilung: Grundsätze	56
E.III. Makroökonomische Stabilisierung	57
E.III.1 Nachfragepessimismus versus Vertrauen auf das Saysche Gesetz	57
E.III.2 Das einfache keynesianische Modell	59
E.III.3 Das „magische Viereck“	62
Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum	62
Stabilität des Preisniveaus	65
Hoher Beschäftigungsstand	69
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht	71
ANHANG	72
Quellen zur konjunkturellen Entwicklung und zur Wirtschaftspolitik	72
Abkürzungsverzeichnis	73

A EINFÜHRUNG UND HAUPTFRAGEN DER VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

A.1 Gegenstand: Knappheit

Wir leben in einer Welt unter dem „kalten Stern der Knappheit“: Unseren unbegrenzten Bedürfnissen stehen begrenzte Ressourcen zu deren Befriedigung gegenüber. Volkswirtschaftslehre befasst sich mit den mehr oder weniger erfolgreichen Versuchen des Menschen, Knappheit zu bekämpfen. Das heißt zuallererst in einer solchen Welt: zu überleben.¹ Der Mensch als Einzelner hätte dabei ziemlich schlechte Karten. Der Mensch ist aber glücklicherweise eine der wenigen Tierarten, die im Zug der Evolution eine arbeitsteilige Gesellschaft entwickelt haben.² Der Mensch kann - und muss - sein Verhalten mit dem anderer Menschen abstimmen. Volkswirtschaftslehre ist deshalb immer auch Sozialwissenschaft.

A.2 Theorien und andere Aussagen

Vom bloßen Draufschaun erschließt sich einem die Welt immer nur begrenzt. Wie andere Sozialwissenschaften unterliegen auch Aussagen der Volkswirtschaftslehre besonderen Bedingungen, Möglichkeiten und vor allem: Grenzen der Erkenntnisgewinnung. Darum soll es zunächst einmal gehen.

Sprachliche Aussagen lassen sich in grundsätzlich in zwei Kategorien einordnen: wahrheitsfähige und nicht wahrheitsfähige Aussagen.

a. Wahrheitsfähige Aussagen

Wahrheitsfähige Aussagen sind Aussagen, die durch die praktische Erfahrung widerlegt werden können. Unabhängig von persönlichen Überzeugungen müssen Personen, die diese Aussage prüfen, zum gleichen Ergebnis kommen. Man sagt: Wahrheitsfähige Aussagen sind „**intersubjektiv überprüfbar**“.

Hierzu zählen:

1. Feststellungen

singuläre Aussagen, Tatsachenbehauptungen, Existenzaussagen: zum Beispiel in Gestalt von Messergebnissen: „Die Temperatur in diesem Raum beträgt 21°C.“ „Der Schlusskurs der xy-Aktien betrug in Frankfurt am 26.7.2002 951 €.“ „Es gibt graue Katzen.“ „Es gibt Yetis“ (hä?!).

2. Theorien

Das sind Antworten auf Warum-Fragen; Erklärungen dessen, was ist. Sie haben die Form von Wenn-Dann-Aussagen. Das heißt im Rahmen einer Theorie werden Bedingungen genannt, unter denen das zu erklärende Ereignis eingetreten ist.

Jede Theorie muss einem **doppelten Wahrheitskriterium**³ genügen – und zwar:

- a) dem Kriterium der logischen Wahrheit. Damit ist die innere Widerspruchslösigkeit (Konsistenz) einer Theorie gemeint. Mit Hilfe der Logik wird die Wahrheit (im ungünstigsten Fall: die Unwahrheit) der Voraussetzungen (Prämissen, Wenn-Komponente der Theorie) automatisch und lückenlos auf die

¹ Genau genommen steckt in dieser Formulierung schon die grundlegende Annahme „rationalen Verhaltens“; siehe unten I.4.

² Man redet in der Soziobiologie vom Schritt zur „Eusozialität“. Vgl. Wilson, Edward O.: Die soziale Eroberung der Erde, München 2013.

³ Nach dem Philosophen Karl Popper auch Popper-Kriterium genannt.

Schlussfolgerung (Konklusion; Dann-Komponente) übertragen. Die Logik ist gleichsam ein gedankliches Transportmittel.

b) Dem Kriterium der faktischen Wahrheit. Eine Theorie gilt als faktisch wahr, solange es durch empirische Tests nicht gelungen ist, ihre faktische Unwahrheit nachzuweisen. Angesichts stets begrenzten Wissens und zugleich unbegrenztem Unwissen kann es endgültige faktische Wahrheit nicht geben – zumindest ist sie nicht feststellbar. Daher bedeutet faktische Wahrheit einer Theorie lediglich: faktisch wahr im Sinne von bisher nicht widerlegt. Im Zuge des Wissensfortschritts sind künftige Widerlegungen aber jederzeit möglich - und kommen auch laufend vor.

Die „Überprüfung“ einer Theorie kann nur im Versuch bestehen, sie zu widerlegen. „Bestätigungen“ sind nur als fehlgeschlagene Versuche zu werten, eine Theorie zu widerlegen. Denn: Es ist leicht, Bestätigungen für fast jedwede Theorie zu finden – wenn wir nach Bestätigungen suchen.⁴

3. Prognosen (= bedingte Vorhersagen).

Eine Prognose ist die (aus einer Theorie abgeleitete) gedankliche Vorwegnahme eines künftigen Ereignisses, dessen Eintreten unter bestimmten (angegebenen) Bedingungen erwartet wird. Eine Prognose ist grundsätzlich unsicherer als eine Theorie, weil mindestens die Dann-Komponente der Prognose in der Zukunft liegt und die Zukunft gegenwärtig nicht erfahrbar ist. Die Wahrheitskriterien einer Prognose entsprechen denen einer Theorie.

Naturwissenschaftliche Prognosen werden – nach allem was wir wissen – in ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit durch Veröffentlichung nicht verändert (Beispiel: Mondfinsternis). Anders sozialwissenschaftliche, z. B. wirtschaftswissenschaftliche: So kann die Veröffentlichung einer volkswirtschaftlichen Prognose dazu führen, dass sich das Verhalten der Wirtschaftssubjekte verändert und der weiteren Folge, dass sich das prognostizierte Ereignis entweder selbst erfüllt oder selbst zerstört.⁵ Wegen der potentiell verhaltensändernden Wirkung wirtschaftswissenschaftlicher Prognosen können sie als Instrumente der Wirtschaftspolitik eingesetzt werden.

4. Teleologische Urteile⁶

Teleologische Urteile zielen darauf ab, die Eignung von Mitteln (Instrumenten, Maßnahmen) zur Realisierung von Zielen zu überprüfen: „Wenn Ziel Z* angestrebt werden soll, dann ist Mittel M* dafür geeignet“. Das Ziel selbst wird dabei nicht bewertet.

Ziele ergeben sich grundsätzlich aus einer als verbesserungsfähig wahrgenommenen Lage. Nur wenn theoretisch geklärt ist, welche Sachverhalte (Dann-Komponente einer Theorie) worauf zurückgeführt werden können (Wenn-Komponente einer Theorie) ist es möglich, das Wissen über den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zu instrumentalisieren, d.h. zur Lösung praktischer Probleme einzusetzen. Der Einsatz theoretischer Erkenntnisse zur Lösung praktischer Probleme heißt in den Natur- und Ingenieurwissenschaften Technologie, in der Volkswirtschaftslehre Wirtschaftspolitik.

⁴ Karl Popper: Die Beobachtung noch so vieler weißer Schwäne beweist nicht die Aussage: „Alle Schwäne sind weiß“! Dennoch dürfen wir von „besser“ oder „schlechter“ bestätigten Theorien reden.

⁵ Man redet auf Neuhochdeutsch von *self-fulfilling* und *self-destroying prophecies*.

⁶ Telos (griechisch) = Ziel.

Ein vollständiges teleologisches Urteil hat neben den Wirkungen von Mitteln auf angestrebte Ziele auch möglicherweise auftretende positive oder negative (Neben-)Wirkungen auf andere erwünschte Zustände (Ziele) in Rechnung zu stellen. Auch kann möglicherweise bestimmten Mitteln ein Unwert beigemessen wird; sie gelten dann als nicht wählbar. Umgekehrt können Mittel auch einen Eigenwert – und damit Zielcharakter - besitzen.⁷

Die Wertfreiheit von Aussagen, speziell von teleologischen Urteilen ist bisweilen nur sehr schwer feststellbar. Die Wahl der Mittel ist häufig zumindest stillschweigend von Werturteilen beeinflusst.

b. Nicht wahrheitsfähige Aussagen

1. Werturteile, Ideologien

Mit einem Werturteil wird ein Sachverhalt der Realität in positiver oder negativer Weise ausgezeichnet. Dabei stützt sich der Verwender des Werturteils auf ein übergeordnetes Wertprinzip (Ideologie, Religion) und fordert den Adressaten des Werturteils auf, sich dieses übergeordnete Prinzip zu Eigen zu machen und zur selben Einzelfallbewertung zu kommen wie der Verwender.

Werturteile sind **nicht intersubjektiv überprüfbar** - damit sind sie nicht wahrheitsfähig. Aus dem Kreis wissenschaftlicher Aussagen – das sind solche, die dem Erkenntnisfortschritt dienen -, sind Werturteile auszuschließen, denn durch Werturteile wird nichts festgestellt, nichts erklärt, nichts prognostiziert, nichts ausgesagt über die Eignung von Mitteln zur Realisierung von Zielen: „Werturteile können nichts zur Erkenntnis der Wirklichkeit beitragen“ (Arthur Woll).

Werturteile sind Aussagen, die mindestens ein wertendes Prädikat, eine persönliche Einschätzung enthalten. (Beispiele: „Rot ist schön.“ „Die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik ist ungerecht.“ „Windkraft ist fortschrittlich.“) Sie geben lediglich Informationen über die Ansicht, Stellungnahme oder Haltung einer Person zu einem Vorkommnis oder einer Verhaltensweise.

Der wertende Charakter ist oft schwer zu erkennen bzw. ein Werturteil wird als wissenschaftliche (wahrheitsfähige) Aussage getarnt. Die Unterscheidung ist auch deshalb schwierig, weil viele Begriffe, die der Ökonom verwendet, in der Alltagssprache positiv oder negativ besetzt sind (Gleichgewicht, Wachstum, Vollbeschäftigung, Wohlfahrt).

2. Normen, Vorschriften, Präskriptionen, Definitionen

Die sprachliche Form, in der Vorschriften formuliert sind, drücken Ge- und Verbote aus. Beispiel (StvO): „Du sollst im Straßenverkehr grundsätzlich rechts fahren.“ Auch Vorschriften sind nicht wahrheitsfähig, im günstigen Fall sind sie zweckmäßig. Mit anderen Worten: das Qualitätskriterium einer Präskription ist nicht ihre Wahrheitsfähigkeit sondern ihre Zweckmäßigkeit.

⁷ Beispiel: Ist „Vollbeschäftigung“ ein eigenständiges Ziel oder ist es ein Mittel zum Erhalt des „sozialen Friedens“? Ist „Freiheit“ ein Wert an sich oder notwendige Bedingung für Effizienz?

A.3 Modellbildung

„Die Realität gibt es ja in Wirklichkeit gar nicht.“

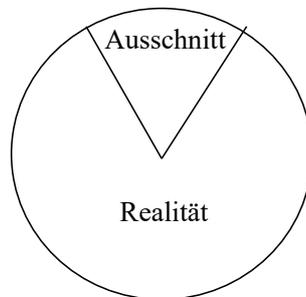
ÖKONOMENWEISHEIT

Das bisher Gesagte gilt für alle Sozialwissenschaften.⁸ Die Volkswirtschaftslehre unterscheidet sich von ihren Nachbardisziplinen durch ihre spezifische Herangehensweise.

Da eine Gesamtanalytik aufgrund der Unzahl und Komplexität ökonomischer Zusammenhänge utopisch ist, bedient man sich der **Partialanalytik**: Man betrachtet nur einen Ausschnitt der Realität: also ein **Modell**, aus dem dann überprüfbare Hypothesen abgeleitet werden. **Ein ökonomisches Modell ist ein vereinfachtes Abbild eines Ausschnitts der ökonomischen Wirklichkeit.**

Man klammert alle übrigen, nicht betrachteten Aspekte in der Überlegung aus, indem man von Konstanz dieser Einflussgrößen ausgeht. Man spricht von der **ceteris-paribus (c.p.)-Klausel**.⁹ Vorteil: Das Modell bleibt überschaubar und handhabbar.¹⁰

Die Festlegung des relevanten Ausschnitts richtet sich nach der jeweiligen Fragestellung.



Beispiel:

→ Fragestellung:

Wird der Kaffeepreis in Deutschland von auftretenden Frostperioden in Brasilien beeinflusst?

→ Mathematische Formulierung:

Ist der Kaffeepreis eine Funktion der Witterungsverhältnisse in Brasilien?

$$KP_D = f(\text{Frost}_B) ?$$

→ Ausgeklammerte Aspekte:

Abhängigkeit des Kaffeepreises von

- Transportkosten
- Mehrwertsteuer etc.

Da möglicherweise Einflussgrößen vorhanden sind, die im Moment nicht bekannt sind, kann die Falschheit der Theorie nicht ausgeschlossen werden.

⁸ ... und generell für die „Erfahrungswissenschaften“ im Unterschied zu den „logischen Wissenschaften“.

⁹ Ceteris paribus heißt „unter sonst gleichen Bedingungen“.

¹⁰ „Ein Modell, das die Realität zur Gänze erfasse, wäre so brauchbar wie eine Landkarte im Maßstab eins zu eins“ (Joan Robinson).

Die Unzahl von möglichen Interdependenzen (wechselseitigen Abhängigkeiten) macht Partianalysen unverzichtbar.

Beispiel:

Kaffeepreise \uparrow \Rightarrow Herzkrankheiten \downarrow \Rightarrow Entlassungen von Ärzten \uparrow
 Teeverbrauch \uparrow \Rightarrow Anbauflächen in Ceylon \uparrow

Allerdings handelt man sich damit auch Nachteile ein:

- Änderungen in den Rahmenbedingungen können zu scheinbaren Widerlegungen der Theorie führen.
- Umgekehrt: Durch die überzogene Verwendung der ceteris-paribus-Klausel droht die Gefahr der Immunisierung gegen Falsifikationsversuche. Wenn ein von der Theorie vorhergesagtes Ergebnis nicht eintritt, kann man das auch auf nichtberücksichtigte Änderungen in den Rahmenbedingungen zurückführen.

A.4 Rationales Verhalten

*„Nichts bedarf so sehr der Verbesserung
wie das Verhalten anderer Leute.“*

MARK TWAIN

Ökonomische Theoriebildung setzt beim **Individuum** als kleinster und gleichzeitig zentraler Einheit des Ökonomischen an – nicht bei Staaten, Völkern, Klassen und ähnlichen sozialen Kategorien:

- Alle Ergebnisse müssen auf die Entscheidungen Einzelner zurückzuführen sein.
- Niemand als der Einzelne selbst kann entscheiden, was für ihn von Nutzen ist.

Dieses Prinzip nennt man „**methodologischen Individualismus**“.

Im Unterschied zu anderen Sozialwissenschaften wird in volkswirtschaftlichen Analysen „**rationales Verhalten**“ der Individuen unterstellt. Dieses „Modell“ des Menschen bezeichnet man als „homo oeconomicus“. Man geht (meist) von Nutzenmaximierung bzw. Gewinnmaximierung aus. Auch dies ist natürlich eine Vereinfachung: Gerade bei spontanen Entscheidungen stößt der Mensch auf Grenzen der Fähigkeit, Informationen aufzunehmen, zu verarbeiten und sich adäquat zu verhalten.¹¹ In solchen Situationen unter unvollständiger Information und verzerrter Wahrnehmung getroffene „Bauchentscheidungen“ (Kahneman: System 1) entpuppen sich oft als vorschnell. Erst mit Verzögerung - und oft widerwillig - setzt „rationales“ Abwägen ein (Kahneman: das „faule“ System 2). Immerhin: Es gibt keinen Grund, durchweg irrationales Verhalten unterstellen?¹² Ein Kompromissvorschlag lautet daher: „Der Mensch handelt so, wie (er glaubt, dass) es für ihn am besten ist“. Man bezeichnet das als „der Absicht nach rationales Verhalten“.

Weil sich die Annahme rationalen Verhaltens oft genug bewährt hat, wird es auch auf Lebensbereiche angewandt, die man landläufig nicht zur „Wirtschaft“ zählt: Es gibt mittlerweile ökonomische Theorien der Ehe und Familie, der Kunst und Kultur, der Politik und der Kriminalität.¹³

¹¹ Kahneman, Daniel: Schnelles Denken, langsames Denken, München 2012.

¹² ... selbst wenn andere „wissenschaftliche“ Disziplinen genau das mit Fleiß betreiben.

¹³ ... wobei die Reihenfolge natürlich rein zufällig ist.

B GRUNDPROBLEME JEDER VOLKSWIRTSCHAFT

B.I Grundproblem und Grundbegriffe

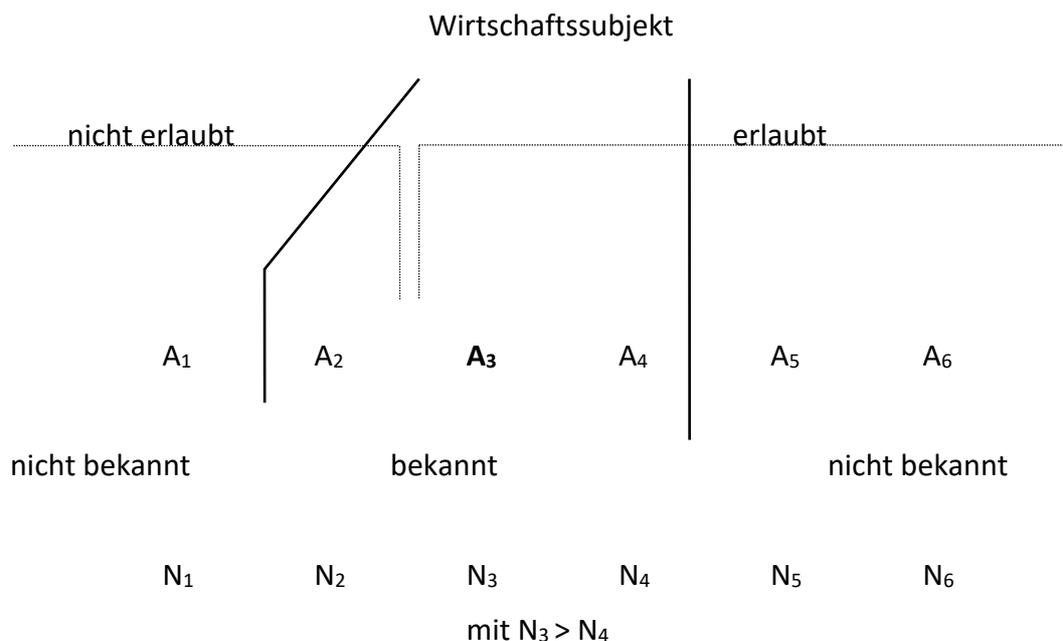
B.I.1 Knappheit und Entscheidung

Der Mensch neigt nicht zur Zufriedenheit. Mit anderen Worten: Er hat ein universelles Knappheitsempfinden. Knappheit bedeutet, dass unseren unbeschränkten Bedürfnissen nur begrenzte Mittel zur Bedürfnisbefriedigung (=Güter) gegenüberstehen.¹⁴ Das heißt: Man kann nicht alles haben. Das Problem der Knappheit zwingt uns **Entscheidungen** zu treffen.

Beispiel:

Ein Wirtschaftssubjekt hat eine Entscheidung zu treffen.

- Es stehen sechs Handlungsalternativen ($A_1 - A_6$) zur Verfügung, deren zu erwartender Nutzen mit N_1 bis N_6 dargestellt ist
- Die Einteilung der Handlungsalternativen erfolgt nach zwei Kriterien:
 - erlaubt bzw. nicht erlaubt
 - bekannt bzw. nicht bekannt



Entscheidungen beziehen sich immer auf die Zukunft. Da über die Zukunft aber nur unzureichende Informationen vorliegen, sind Entscheidungen immer auf Erwartungen gegründet. Die Erwartungen sind ihrerseits von bereits gemachten Erfahrungen abhängig.

B.I.2 Alternativkosten

Jede Entscheidung bedeutet auch einen Verzicht: Sie verursacht Alternativkosten („Verzichtskosten“). Das rationale Wirtschaftssubjekt (=Nutzenmaximierer) wählt diejenige Alternative

¹⁴ Das heißt nicht, dass alle Güter knapp sind. Es gibt auch „freie“ (=nicht knappe) Güter. Das sind Güter, von denen genug vorhanden ist, um die Bedürfnisse aller zum Preis von null zu befriedigen. Beispiel: Sand in der Sahara, Eis am Nordpol.

unter den erlaubten aus, von der es sich den höchsten Nutzen verspricht → A_3 . Die Entscheidung für A_3 kann auch als Entscheidung gegen alle anderen Handlungsalternativen, insbesondere A_4 interpretiert werden. Dadurch entgeht dem Wirtschaftssubjekt der zweitbeste (erwartete) Nutzen.

Unter Alternativkosten (Opportunitätskosten) verstehen wir den Verzicht auf den Nutzen der besten nicht gewählten Alternative.

B.1.3 Die Produktionsmöglichkeiten

Einteilung der Güter

Die Mittel, die (direkt oder indirekt) der Befriedigung der Bedürfnisse dienen, nennt man Güter: „Güter sind Problemlösungen“. Es existieren verschiedene Möglichkeiten der Gütereinteilung, von denen einige im Folgenden dargestellt werden.



Die Gliederung der Güter kann erfolgen nach

- a. Nutzbarkeit:
- öffentliche Güter
 - private Güter

Öffentliche Güter sind dabei „nicht rivalisierend“ nutzbar; sie unterliegen nicht dem „Ausschlussprinzip“ (dazu unten mehr).

- b. Art der Güterbeziehung:

- Substitutionsgüter: („sich gegenseitig ersetzende Güter“: Butter und Margarine)
- Komplementärgüter („sich ergänzende Güter“: Brot und Butter, Pfeife und Tabak)

c. Verwendungszweck:

- Konsumgüter
- Investitionsgüter = (Real-)Kapitalgüter = Güter, mit deren Hilfe andere Güter produziert werden

Die Einteilung wird nicht unbedingt durch physische Eigenschaften determiniert; sie richtet sich nach der Art der Verwendung! Beispiel: Ein Auto kann sowohl als Konsumgut als auch als Investitionsgut betrachtet werden, je nachdem ob es von einer Privatperson genutzt wird oder als Taxi bei der Erstellung einer Dienstleistung Verwendung findet.

B.1.4 Produktionsfaktoren

Jegliche Produktion erfordert das Vorhandensein von Produktionsfaktoren (zu einer bestimmten Zeit in einer bestimmten Menge). Die drei klassischen Produktionsfaktoren sind

- **Arbeit,**
- **Kapital** und
- **Boden.**

Bei einer volkswirtschaftlichen Produktion bedarf es zusätzlich der Information über die Qualität - das bedeutet bezogen auf den Produktionsfaktor

→ Arbeit: Fähigkeiten und Fertigkeiten

⇒ Produktivität ist abhängig vom **Wissen**, das in den Bildungseinrichtungen und bei der praktischen Berufsausübung erworben wird. Man redet vom „Humankapital“.

→ Kapital: gemeint ist hier Realkapital = Anlagen und Maschinen und nicht Nominalkapital (= Geld).

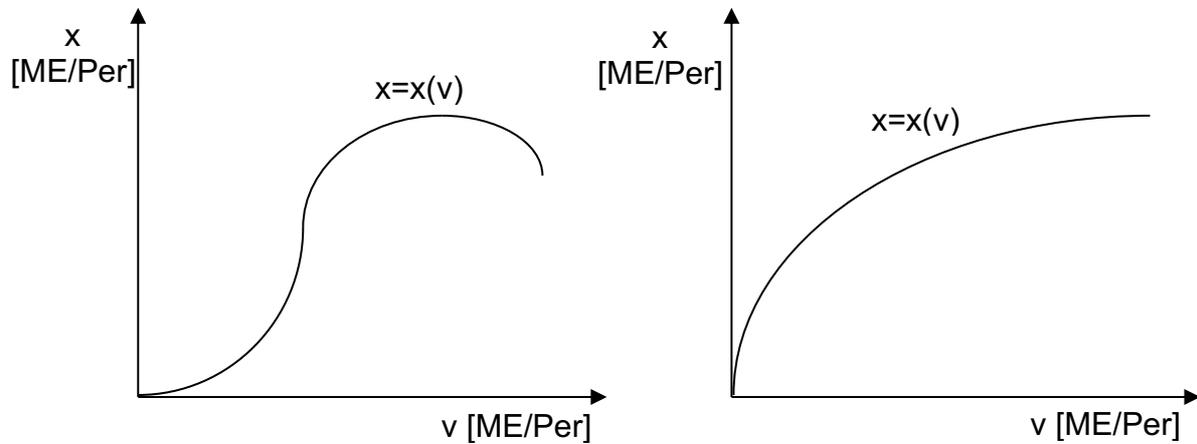
⇒ Produktivität ist abhängig vom **Stand der Technik**.

→ Boden:

- klimatische Bedingungen, Bodenqualität („Anbauboden“)
- Bodenschätze („Abbauboden“)
- Standortqualität (Häfen, Flüsse usw.).

B.1.5 Ertragsgesetze

Zwei grundlegende Vorstellungen über den Zusammenhang zwischen Einsatzmenge eines einzelnen Produktionsfaktors (v) und Produktionsergebnis (x):¹⁵



Klassisches Ertragsgesetz

Zunächst steigender, dann sinkender und schließlich negativer Ertragszuwachs (Grenzertrag)

Neoklassisches Ertragsgesetz

Permanent sinkender Ertragszuwachs (Grenzertrag)

Erläuterung:

- Grenzertrag = Ertragszuwachs aufgrund des Einsatzes einer infinitesimal kleinen zusätzlichen Faktoreinheit = erste Ableitung der Ertragsfunktion: dx/dv .
- Beide Zusammenhänge gelten ceteris paribus – das heißt bei Konstanz des Einsatzes der übrigen Produktionsfaktoren.

Exkurs: „Österreichische“ Kapitaltheorie¹⁶

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist Kapital nicht als eigenständiger („originärer“), sondern als **produzierter Produktionsfaktor** zu behandeln. Kurz: **Kapital ist „vorgetane Arbeit“**. Statt Konsumgüter direkt mit Hilfe von Arbeit herzustellen, schlägt man „Produktionsumwege“ ein. Simple Beispiele: Statt Lehm mit der Hand zu Gefäßen zu formen, produziert man zunächst eine Töpferscheibe. Statt Fische mit der Hand zu fangen, knüpft man ein Fangnetz. Die Herstellung der Kapitalgüter bedeutet einen Verzicht auf heutigen Konsum.

Die „heute“ hergestellten Kapitalgüter werden dann mit der Arbeit von „morgen“ kombiniert. Die „**Mehrergebnigkeit von Produktionsumwegen**“ erlaubt es, ein „Warteentgelt“ für den heutigen Konsumverzicht zu erwirtschaften.

Ein solches „Warteentgelt“ wird schon deshalb verlangt, weil Menschen im Allgemeinen eine „**Gegenwartsvorliebe**“ besitzen; das heißt, dass sie künftige Nutzen systematisch geringer schätzen als gegenwärtige. Dieses Warteentgelt ist der **Zins**. Der Zins enthält selbstverständlich auch eine **Risikoprämie** – ein Entgelt für die Übernahme des Risikos, dass die Pläne schiefgehen.

¹⁵ Die Dimension lautet jeweils Mengeneinheiten/Periode, [ME/Per].

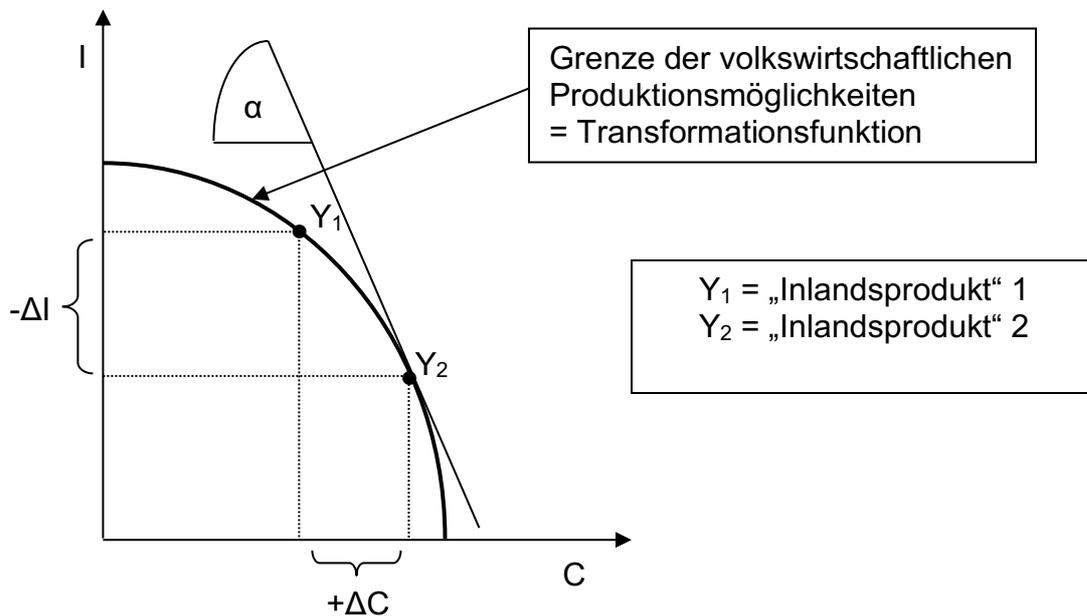
¹⁶ So genannt, weil ihr Begründer, Eugen von Böhm-Bawerk, Österreicher war – und nebenbei Finanzminister unter Kaiserin „Sissi“. Wie hieß die noch mal richtig?

Der Zins entscheidet darüber, wie viel Arbeit direkt zur Konsumgüterproduktion eingesetzt und wie viel auf Produktionsumwege geschickt wird - das heißt wie viel **investiert** wird. Es lohnt sich so lange, Arbeit auf Produktionsumwege zu schicken, wie der dadurch mögliche Mehrertrag mindestens so hoch ist wie der Zins.¹⁷

Eine gestiegene Gegenwartsvorliebe bedeutet, dass das verlangte Warteentgelt für die Vertagung des Konsums steigt – die Zinsen steigen. Damit werden weniger Investitionen lohnend. Umgekehrt, umgekehrt.

B.1.6 Die Transformationskurve

Die Transformationsfunktion bildet die **Grenze der volkswirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten** ab. Hier: Produktion von Konsumgütern (C) und Investitionsgütern (I) in einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Periode. Für jeden Wert von C gibt die Transformationsfunktion die dann noch maximal mögliche Produktion von I an.



BIP = **Bruttoinlandsprodukt** = Summe aller Güter und Dienstleistungen - zu Geldeinheiten bewertet - die in einer abgeschlossenen Periode (i.d.R. ein Jahr) in einem abgeschlossenen Wirtschaftsraum produziert werden.

Erläuterung:

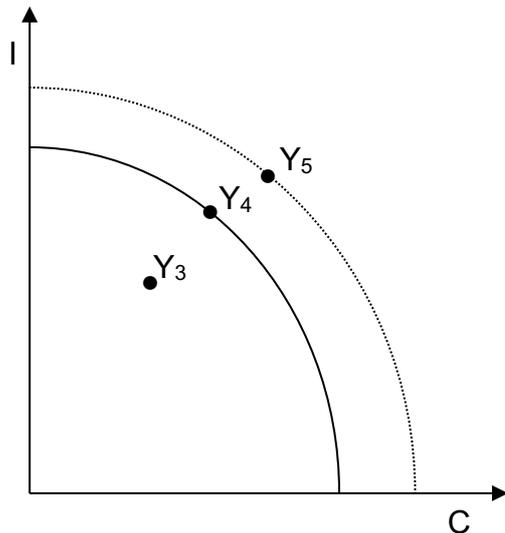
- Das Inlandsprodukt liegt auf der Kurve, wenn:
 - a) alle verfügbaren Produktionsfaktoren eingesetzt werden und
 - b) alle Produktionsfaktoren optimal verwendet, d.h. effizient eingesetzt werden = Wirtschaften nach dem ökonomischen Prinzip (vgl. Minimumprinzip, Maximumprinzip).¹⁸

¹⁷ Man unterstellt auch hier abnehmende Grenzerträge (eine abnehmende „Grenzproduktivität“) des Kapitaleinsatzes.

¹⁸ Es ist bei effizienter Produktion

- nicht möglich, mehr von einem Gut herzustellen, ohne gleichzeitig weniger von einem anderen Gut herzustellen bzw.
- nicht möglich, die gleiche Produktionsmenge mit weniger von einem Produktionsfaktor zu produzieren, ohne zugleich mehr von einem anderen Produktionsfaktor einzusetzen.

- Die Mehrproduktion an Konsumgütern kostet die Minderproduktion an Investitionsgütern
 $\Rightarrow +\Delta C \rightarrow -\Delta I$. Voraussetzung hierfür ist die Möglichkeit der Faktorwanderung.
- $|\Delta I / \Delta C| =$ durchschnittliche Alternativkosten der Konsumgüterproduktion beim Übergang von Y_1 zu Y_2 .
- $|dI/dC| = \tan \alpha =$ marginale Alternativkosten der Produktion von C in $Y_2 =$ Steigung der Kurve in Y_2 .



Interpretation des Sozialproduktes Y_3 :

Das Sozialprodukt wird hergestellt bei:

- Unterbeschäftigung
- ineffizienter Beschäftigung
- Kombination aus beidem

Interpretation des Sozialproduktes Y_4 :

Eine mögliche Zusammensetzung des Sozialproduktes bei effizienter Produktion und Vollausslastung.

Interpretation des Sozialproduktes Y_5 :

Dieses Sozialprodukt ist nicht möglich, da die Ressourcen hierfür nicht ausreichen. Die Erreichung dieses Sozialproduktes in der Zukunft ist unter der Voraussetzung des Wirtschaftswachstums = Ausweitung des Produktionspotentials möglich.

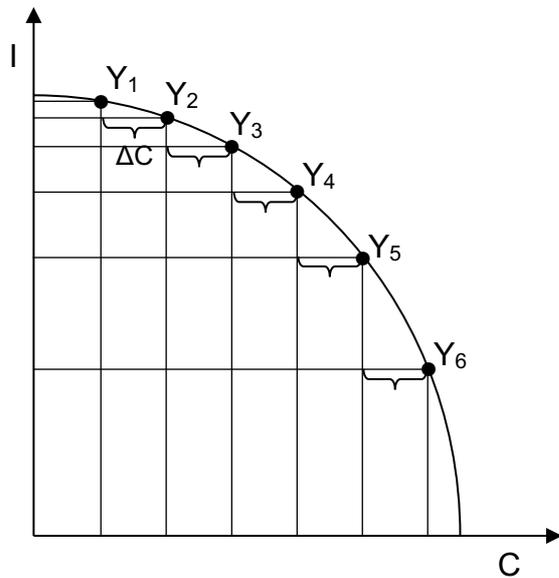
Zwei Varianten denkbar:

- **Quantitative** Verbesserung = Zunahme an Produktionsfaktoren
- **Qualitative** Verbesserung = Verbesserung des in den Faktoren eingeschlossenen Wissens (Innovationen!)

Grafisch: Verschiebung der Transformationskurve (durch Y_5) nach außen.

Darstellung zweier Formen der Transformationskurve:

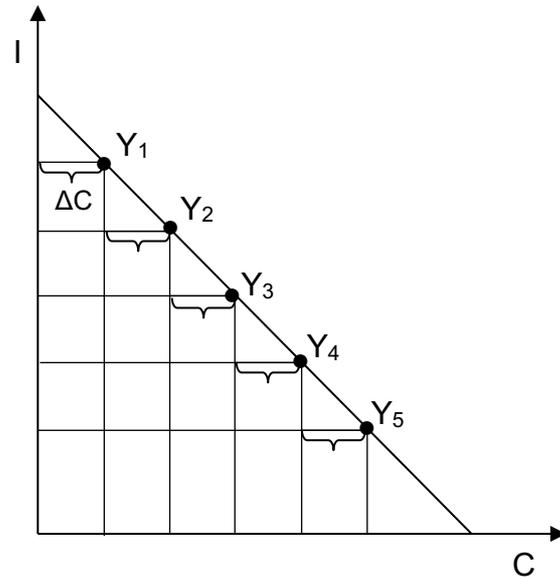
1) realistische Darstellung



$$\Delta C = \text{const}; \quad \left| \frac{\Delta I}{\Delta C} \right| \uparrow$$

= **steigende Alternativkosten**

2) idealisierte Darstellung



$$\Delta C = \text{const}; \quad \left| \frac{\Delta I}{\Delta C} \right| = \text{const}$$

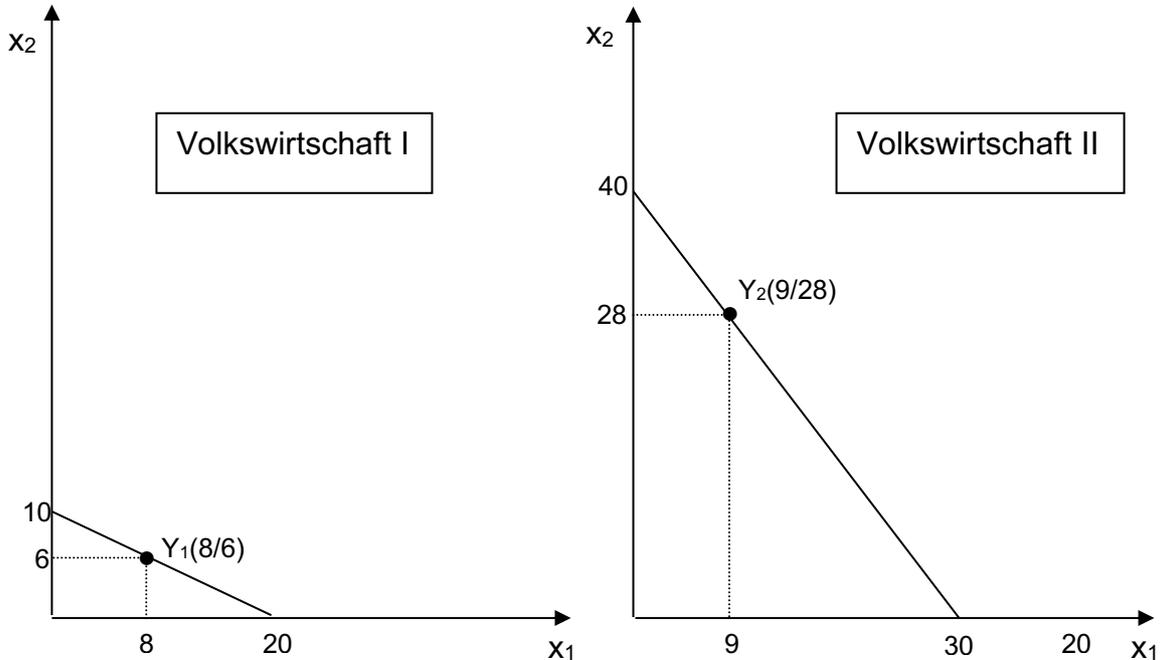
= **konstante Alternativkosten**

Beispiel zu 1)

- Ausweitung landwirtschaftlicher Produktion \Rightarrow Nutzung schlechter geeigneter Böden \Rightarrow Verzicht auf immer mehr Fläche für andere Zwecke.
- Allgemeiner: Abnehmende Grenzerträge in der C- und der I-Produktion.

B.I.7 Arbeitsteilung: das Theorem der komparativen Kostenvorteile

Wir betrachten zwei Volkswirtschaften, die unterschiedliche Alternativkosten bei der Produktion der Güter X_1 und X_2 haben (das heißt ihre Transformationskurven haben unterschiedliche Steigung). Man beachte: Volkswirtschaft II kann mehr von beiden Gütern herstellen. Lohnt sich trotzdem Arbeitsteilung?



Produktion und Konsum von x_1 , x_2 in beiden Volkswirtschaften bei Autarkie (d.h. ohne Handel):

$$8 x_1 / 6 x_2 = Y_I$$

$$9 x_1 / 28 x_2 = Y_{II}$$

⇒ **Summe der Produktions- und Konsummengen: $x_1 = 17$; $x_2 = 34$**

Frage: Was kostet die Produktion eines Gutes? Ganz einfach: eine Minderproduktion des anderen Gutes. Die Alternativkosten der Produktion lassen sich also wie folgt bestimmen:

	Volkswirtschaft I	Volkswirtschaft II
Alternativkosten der Produktion von X_1	$\frac{1}{2} \left[\frac{x_2}{x_1} \right]$	$\frac{4}{3} \left[\frac{x_2}{x_1} \right]$
Alternativkosten der Produktion von X_2	$2 \left[\frac{x_1}{x_2} \right]$	$\frac{3}{4} \left[\frac{x_1}{x_2} \right]$

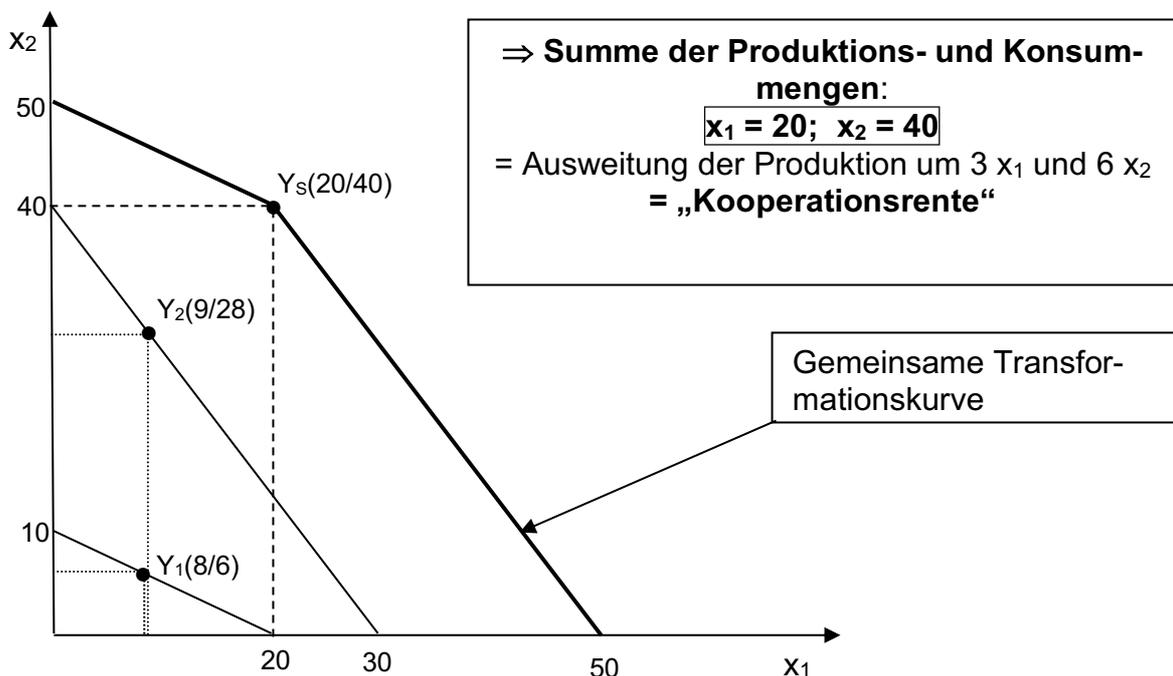
Der Vergleich der Zeilenwerte zeigt, bei welchem Gut welche Volkswirtschaft geringere Alternativkosten hat (fettgedruckte Werte in der Tabelle):

- Volkswirtschaft I: bei der Produktion von X_1
- Volkswirtschaft II: bei der Produktion von X_2

⇒ **Aufgabe der Autarkie: Spezialisierung/Arbeitsteilung:**

- Volkswirtschaft I spezialisiert sich (vollkommen) auf Produkt X_1
- Volkswirtschaft II spezialisiert sich (vollkommen) auf Produkt X_2

Kernaussage: Die Produktion lässt sich steigern, wenn sich jede Volkswirtschaft (allgemein: jede Produktionseinheit) auf dasjenige Gut spezialisiert, bei dem sie komparative Kostenvorteile hat.



Anmerkungen:

- Noch gar nicht berücksichtigt sind dabei die Produktivitätsfortschritte durch die im Zuge der Spezialisierung auftretenden Lerneffekte („Learning by Doing“).
- Das Theorem der komparativen Kostenvorteile gilt sowohl im Binnenhandel als auch im Außenhandel, allerdings spielt beim Außenhandel der Preis (Kurs) der ausländischen Währung eine Rolle.
- Voraussetzung für die Spezialisierung ist Freihandel. Spezialisierung ist sinnlos ohne anschließenden Tausch.
- Im Fall zunehmender Alternativkosten ergibt sich im Allgemeinen keine vollkommene Spezialisierung. Sektoren mit komparativen Kostennachteilen in einem Land werden schrumpfen, aber sie müssen nicht ganz verschwinden.

B.II Marktwirtschaft versus Zentralverwaltungswirtschaft: Zwei Lösungsversuche für das ökonomische Grundproblem

B.II.1 Koordination und Regeln

Wir leben - wie wohl schon erwähnt - unter dem „kalten Stern der Knappheit“. Bekämpfung der Knappheit bedeutet, mit den begrenzten Produktionsmöglichkeiten unsere unbegrenzten und unbegrenzten Bedürfnisse so gut es geht zu befriedigen. Als „Einzelkämpfer“ wäre der Mensch wie gesagt dabei nicht überlebensfähig. Eine erfolgversprechende Bekämpfung der Knappheit setzt voraus, dass Menschen ihre Pläne und Handlungen aufeinander abstimmen, d.h. koordinieren.

Als Koordinationsprinzipien kommen die

- konkrete Ordnung durch Anordnung und die
- abstrakte Ordnung durch allgemeine Verhaltensregeln

in Frage.

B.II.2 Allokation

In jeder Gesellschaft müssen folgende Entscheidungen über die **Allokation der Ressourcen** getroffen werden:

- Was und wieviel soll produziert werden? = Frage nach der Güterstruktur
- Von wem soll produziert werden? = Aufgabenverteilung: Wer soll arbeiten?
- Wie soll produziert werden? = Produktionstechnik
- Wo soll produziert werden? = Räumliche Allokation
- Wann soll produziert werden? = Zeitliche Allokation: Wann wird gespart und investiert, wann wird konsumiert?
- Für wen soll produziert werden? = Wie soll das Produktionsergebnis auf die Mitglieder der Gesellschaft verteilt werden (Distribution)?

Beachte: Die Antwort auf jede Frage hat Rückwirkungen auf die anderen Fragen. Mit dem begrenzten, vorläufigen menschlichen Wissen versuchen Gesellschaften diese Fragen so gut es geht zu beantworten.

Die beiden großen institutionellen Antworten auf diese Fragen sind

- das System zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses (**monozentrische Ordnung**),
- das System dezentraler Planung und Lenkung durch Markt und Wettbewerb (**polyzentrische Ordnung**).

Das Problem der „optimalen Allokation“ besteht in der Überführung der Güter und Produktionsfaktoren an den Ort der ökonomisch bestmöglichen Verwendung. Das verbreitetste Beurteilungskriterium dafür stellt das „Pareto-Kriterium“ dar.

Exkurs: zur Beurteilung gesellschaftlicher Wohlfahrt - das Pareto-Kriterium

Das Pareto-Kriterium besagt: **„Einer Gesellschaft geht es besser, wenn es mindestens einem ihrer Mitglieder besser geht, ohne dass es irgendeinem anderen schlechter geht.“**

Klassisches Beispiel für eine Pareto-Verbesserung ist der Tausch. Tausch geschieht freiwillig, und er geschieht nur, wenn sich die Tauschpartner dadurch besser stellen. Eine Situation, in der alle lohnenden Tauschmöglichkeiten ausgeschöpft sind, ist „Pareto-optimal“: Es ist nicht mehr möglich, eine Person besser zu stellen ohne eine andere schlechter zu stellen. Man bezeichnet das Pareto-Kriterium auch als „statisches“ Effizienzkriterium, weil man von gegebenen Produktions- und Tauschmöglichkeiten ausgeht.

Die allermeisten Menschen werden dem Pareto-Kriterium beipflichten; dennoch ist die Zustimmung nicht logisch zwingend: Neid etwa kann ein Motiv sein, aus dem heraus man eine Maßnahme ablehnt, auch wenn durch sie kein Mensch materiell schlechter gestellt wird (ein möglicher Einwand: „Die Einkommensverteilung wird ungleicher!“).¹⁹ Darum stellt auch das Pareto-Kriterium letztlich ein **Werturteil** dar.

B.II.3 Social Organizers und Regelsysteme

Nach Kenneth E. Boulding²⁰ basieren alle Interaktionen zwischen Menschen auf drei Grundprinzipien („Social Organizers“):

- Bedrohung** (Threats): System der Unterwerfung und Anordnung (Hierarchie). Nicht konformes Verhalten zieht Sanktionen nach sich: „Wenn Du nicht etwas in meinem Interesse tust, tu' ich etwas für Dich Nachteiliges.“ Reibungslos funktioniert ein solches System nur bei einseitigen Drohungen. Die extremste Form eines Wirtschaftssystems auf Basis der Bedrohung ist die Sklaverei.²¹
- Integration:** Gemeinsame Überzeugungen, Ideale oder Zuneigung bestimmen das Handeln: „Was du willst, will auch ich.“
- Austausch** (Exchange): Interaktion gleichberechtigter Tauschpartner zum wechselseitigen Vorteil: „Wenn Du etwas in meinem Interesse tust, tu ich etwas in Deinem Interesse!“ (Positivsummenspiel). Ein System des Austauschs ist auf Versprechen statt auf Bedrohung gegründet. Ein solches System hat sich als dem Bedrohungssystem überlegen erwiesen. Die „Verhaltenslenkung auf der Basis des austauschwirtschaftlichen Prinzips „verspricht hohen Gewinn, was die Mobilisierung von Leistungsbereitschaft und Kreativität und die Einsparung von Transaktionskosten anbelangt.“²²

¹⁹ Vgl. Helmut Schoeck: Der Neid, München 1971.

²⁰ Kenneth E. Boulding: Ethics and Business: An Economist's View, in: ders.: Beyond Economics, Ann Arbor 1968, S. 227-238.

²¹ Drohungen pflegen aber regelmäßig Gegendrohungen hervorzurufen; es entsteht ein System der Abschreckung („wenn Du etwas für mich Nachteiliges tust, tu ich etwas für Dich Nachteiliges“), das wiederum Ressourcen verschlingt. Gegenseitige Drohungen müssen schließlich, um glaubhaft zu bleiben, von Zeit zu Zeit ausgeführt werden. Das System wird zum „Negativsummenspiel“ – nach dem Muster des Prisoners' Dilemma (Vgl. S.24 V.1).

²² Olaf Sievert: Die ethische Fundierung der sozialen Marktwirtschaft, Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 13, 25. Februar 1994. Das zeigt ganz drastisch der Vergleich zwischen Sklaverei und freien Arbeitsmärkten.

Keines der Prinzipien findet man in einem sozialen System in Reinform vor. Alle sozialen Systeme beruhen auf einer Mischung der drei Grundprinzipien - in unterschiedlicher Zusammensetzung. Auch ein autoritäres Regime, das sich vor allem auf Bedrohung stützt, kommt nicht ohne Elemente der Integration aus: Die Legitimität der Herrschaft wird abgesichert durch den fortwährenden Appell an gemeinsame Ideale.²³ Reicht die ideologische Basis nicht (mehr) aus, das Eigeninteresse der Mitglieder zu überspielen, steigt der zur Kontrolle und Überwachung nötige Aufwand rapide an.

Eine gemeinsame Ideologie bildet allein auf Dauer keine tragfähige Basis für eine Großgesellschaft. Sie entfaltet ihre integrative Kraft nur in kleinen Gruppen - Sippen, Familien - oder in historischen Ausnahmesituationen - Kriegen, Revolutionen. Diese Moralvorstellungen und Instinkte sind „dem Leben in den kleinen herumstreifenden Horden oder Trupps angepasst, in denen der Mensch und seine unmittelbaren Vorfahren in den paar Millionen Jahren auftraten, als die biologische Konstitution des homo sapiens Gestalt annahm“²⁴. Eine moderne Großgesellschaft lässt sich darauf nicht gründen - auch wenn der Sozialismus an dieser Fiktion festhielt.

Der Markt basiert auf dem Prinzip des freiwilligen Austauschs; das heißt: auf Verträgen zwischen rechtlich gleichgestellten Wirtschaftssubjekten. Dafür, dass die Verträge eingehalten werden, sorgt zum einen das vom Staat organisierte Bedrohungssystem. Weil es aber bei komplexeren Transaktionen schwierig bis unmöglich ist, sämtliche Eventualitäten ausdrücklich vertraglich zu berücksichtigen, ergibt sich Spielraum für „**opportunistisches Verhalten**“ der Vertragspartner – das heißt die Möglichkeit, auf Kosten des anderen gegen den „Geist des Vertrages“ zu verstoßen. Auch eine Marktwirtschaft kommt nicht gemeinsame Werte der Marktteilnehmer aus; ohne eine „Tauschmoral“ die Ehrlichkeit und Fairness einschließt.²⁵

Zwischenbilanz: Wie gut das ökonomische Grundproblem gelöst wird, hängt von den Regeln ab, nach denen sich die Menschen bei ihren Interaktionen richten.²⁶ Von daher besteht eine wechselseitige Abhängigkeit der Wirtschaftsordnung, der Rechtsordnung und der politischen Ordnung. Walter Eucken bezeichnet das als „**Interdependenz der Ordnungen**“. Merke: „Knappeheit ist die Mutter der Alternativkosten und die Großmutter der Rechtsordnung.“

²³ ... sonst würden Diktatoren keine Reden halten.

²⁴ Friedrich August von Hayek: Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus, Tübingen 1996, S. 7 f.

²⁵ Man redet hier von „formlosen“ Handlungsbeschränkungen, die ergänzend zu den „formgebundenen“ Handlungsbeschränkungen der Überwachung von Transaktionen dienen. Bei ersteren handelt es sich um Moral, Sitten und Gebräuche, bei letzteren um kodifizierte Gesetze und Regelungen. Manche Autoren (D. Acemoglu/J.A. Robinson: Warum Nationen scheitern, Berlin 2013) bezeichnen sie auch als „interne“ und „externe Institutionen“. Siehe dazu unten V.3.

²⁶ Auf Neuhochdeutsch: „Institutions matter“!

B.II.4 Zentralverwaltungswirtschaft: geplante Ordnung

Die Zentralverwaltungswirtschaft²⁷ ist eine Ordnung durch Anordnung. Sie beruht auf dem einfachen Prinzip: Einer entscheidet für alle. Die „monozentrische“ Zentralverwaltungswirtschaft ist von daher notwendigerweise eine „Gesellschaft von Ungleichberechtigten“.²⁸

Sie setzt den Glauben daran voraus, dass die Vernunft des Organisators fähig ist, alle Einzelheiten einer komplexen Gesellschaft unmittelbar zu bestimmen. Friedrich August von Hayek bezeichnet solche Vorstellungen als „**rationalistischen Konstruktivismus**“.²⁹ Man vertraut darauf, dass ein vom menschlichen Verstand entworfenes System der Allokation besser in der Lage ist, das ökonomische Grundproblem zu lösen als die scheinbare „Anarchie“ der Märkte.³⁰ Neben ökonomischer Effizienz glaubt man auch das Ziel einer „gerechteren“, jedenfalls: gleicheren Einkommensverteilung erreichen zu können.

B.II.5 Das Wissensproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft

Ein Zentralplaner, der am allgemeinen Wohl orientiert wäre, benötigte Informationen über die Bedürfnisse der Menschen und die verfügbaren Mittel zu ihrer Befriedigung, um dann die Konsumentenwünsche mit den Produktionsmöglichkeiten abzustimmen. Von den Konsumenten benötigte er die detaillierte Kenntnis ihrer Bedürfnisstruktur. Von den Betrieben benötigte er sämtliche vorhandenen Informationen über Kapazitäten, Ressourcenbedarf und verfügbare Technologien.

Das „Informationsproblem“ tritt dabei in mehrfacher Gestalt auf:³¹

- i) Am offensichtlichsten ist das Problem der **Komplexität und der schieren Masse der Informationen**, die an die Zentrale zu übermitteln und als Befehle an die Weisungsempfänger wieder abzugeben ist. Anschließend muss natürlich die Planausführung kontrolliert werden. Das ist mit der Inanspruchnahme von Produktionsmitteln und Zeitaufwand verbunden.
- ii) Im Anschluss daran stellt sich das Problem der beschränkten Kapazität oder der mangelnden Fähigkeit der Zentrale die **Daten zu verarbeiten**, d.h. die rechnerische Optimierung durchzuführen.

²⁷ Der Ausdruck Planwirtschaft führt eigentlich in die Irre: „Jede ökonomische Tätigkeit ist in besonderer Weise Planung von Entscheidungen über die Verwendung von Ressourcen hinsichtlich aller konkurrierenden Ziele.“ Die Bedeutung des Begriffs Planung verengte sich erst in den zwanziger und dreißiger Jahren auf die Beschreibung des Sachverhalts, „dass das wirtschaftliche Handeln aller nach einem einzigen, von einer zentralen Instanz entworfenen Plan gelenkt werden sollte.“ F. A. von Hayek: Arten des Rationalismus, in: ders.: Freiburger Studien, Tübingen 1993, S. 75. Man kann die am Reißbrett geplante Wirtschaft damit durchaus als geistiges Kind der Aufklärung betrachten (Kant: „Habe Mut, Dich Deines Verstandes zu bedienen!“).

²⁸ Harald Kunz: Sandkastenspiele der Erwachsenen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.5.1989.

²⁹ F.A. von Hayek: Arten des Rationalismus, in: ders.: Freiburger Studien, Tübingen 1994, S. 75-89.

³⁰ Marx selbst bleibt vage. Er äußert lediglich die Erwartung, dass im kommunistischen System „die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, sie damit unter ihre eigene Leitung nehmen und der beständigen Anarchie und den periodisch wiederkehrenden Konvulsionen, welche das unvermeidliche Schicksal der kapitalistischen Produktion sind, ein Ende machen“ wird. Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich (1871), zitiert nach János Kornai: Das sozialistische System, Baden-Baden 1995, S. 121.

³¹ Bernholz, Peter und Friedrich Breyer: Grundlagen der Politischen Ökonomie, Band 1: Theorie der Wirtschaftssysteme, Tübingen 1993, S. 146 ff. Siehe auch János Kornai: Das sozialistische System, Baden-Baden 1995, S. 140 ff.

- iii) Grundsätzlicher ist das Problem **nicht zentralisierbaren Wissens**: Vieles von dem Wissen, das wir besitzen, ist von Natur aus nur verzerrt oder unvollständig weiterzugeben. Es ist nicht übermittlungsfähiges Wissen „um die besonderen Umstände von Zeit und Ort“ (Hayek).

Vor allem deshalb reagiert das System zentraler Entscheidungen nur langsam und schwerfällig an sich verändernde Daten wie etwa einen Wandel der Konsumentenwünsche. „(D)ie meisten der für die Handlungskoordination erforderlichen Informationen sind als Kenntnis vorübergehender Gelegenheiten so kurzlebig, dass sie den Zeit erfordernden Prozess der Zentralisierung nicht überdauern.“³²

- iv) Darüber hinaus bestehen systematische **Anreize, falsche und lückenhafte Information** weiterzugeben („strategisches Informationsproblem“).

So liegt es im Interesse der Planausführenden (Betriebsleiter, Belegschaften), das Plansoll möglichst mühelos zu erfüllen, um in den Genuss von Prämien und Beförderungen zu kommen. Dies gelingt umso leichter, je mehr er die eigenen Produktionsmöglichkeiten untertreibt und den Ressourcenbedarf übertreibt. Das Plansoll allzu deutlich zu übertreffen, wäre indes unklug: Dann würde womöglich das Soll in der nächsten Periode erhöht.³³

So waren z.B. die statistisch berichteten Investitionen³⁴ in den Zentralverwaltungswirtschaften exorbitant hoch. Die „Inputlastigkeit“ der Zentralverwaltungswirtschaft rührt nicht zuletzt daher, dass ständig hohe Lagerinvestitionen getätigt wurden. Die Materiallager dienten zum einen als direkter Puffer für immer wieder auftretende Lieferausfälle. Zum anderen konnten Lager gängiger Güter (anstatt Geld) bei anderen Firmen gegen die gerade benötigte Ware eingetauscht werden.

In Wettbewerbswirtschaften machen Betriebe, deren Produktion nicht wert ist was sie kostet, Verluste. Ihnen droht der Konkurs. Ein solcher Zusammenhang zwischen Produktionserlösen und Produktionskosten besteht in Zentralverwaltungswirtschaften nicht; ein finanzieller Verlust hat für sich genommen keinen Informationswert. Die verwendeten Verrechnungspreise stellen keine Marktpreise, das heißt: Knappheitspreise dar. Verluste werden vom Staat mit Gewinnen anderer Firmen „verrechnet“; das heißt Gewinne werden wegbesteuert, und Verluste durch Kreditzuweisung automatisch gedeckt: Konkurse sind nicht vorgesehen.³⁵

- v) Dementsprechend **fehlen Anreize, neues Wissen hervorzubringen**: Das System ist **innovationsfeindlich**.

Der Innovator hat das Risiko zu tragen, dass die Innovation scheitert, ohne andererseits im Erfolgsfall Aussicht auf „Pioniergewinne“ zu haben. Und das Risiko des Scheiterns ist wegen der Interessenlage der Beteiligten hoch: Der Innovator macht sich schon deshalb unbeliebt, weil seinetwegen das mühsam austarierte System der Materialbilanzen umzustellen ist. Die Kooperationsbereitschaft ist auch bei den Kollegen nur schwach ausgeprägt: Den Erfolg bekommt der Innovator zugerechnet, während die Kooperation mit ihm allenfalls Ressourcen bindet, die dann nicht für eigene Zwecke

³² H. Kunz: Sandkastenspiele der Erwachsenen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.5.1989.

³³ Im Jargon hieß das „Einplanen“.

³⁴ Das heißt die Vermehrung des eingesetzten Kapitalstocks.

³⁵ Das System beschreibt János Kornai: The Soft Budget Constraint, Kyklos 39 (1986), S. 3-30.

zur Verfügung stehen. Ein allzu bereitwilliges Eingehen auf externe Initiativen kann zudem leicht als Indiz für eigene unausgelastete Ressourcen gedeutet werden.

Zwischenbilanz:

- Die praktische Durchführung der Zentralverwaltungswirtschaft setzt ein enormes Wissen des Zentralplaners voraus. Dieses Wissen ist aber zu komplex oder seiner Art nach ungeeignet, um an die Zentrale übermittelt, verarbeitet und in Form von Anweisungen an die Ausführungsorgane zurückgeleitet zu werden.
- Die Akteure haben ihrerseits ungenügende Anreize, schon das vorhandene Wissen unverfälscht und vollständig zu übermitteln.³⁶ Vor allem fehlen Anreize zur Entdeckung neuen Wissens. Die Steuerung der Wirtschaft durch den Staat hat sich als weitgehend ungeeignet gezeigt, Innovationen hervorzubringen. Die Zentralverwaltungswirtschaft ist deshalb von **statischer und dynamischer (evolutorischer) Ineffizienz** gekennzeichnet.

Entsprechend hat auch keine Zentralverwaltungswirtschaft je nur von dem leben können was der Plan bereitstellt.³⁷ Die Zentralverwaltungswirtschaft ist aufgrund ihres immanenten Wissensproblems gekennzeichnet von zahlreichen Koordinationslücken. Die „spontane“ Schließung dieser Koordinationslücken war jedoch mehr oder weniger unerwünscht und illegal, weil systemfremd („Spekulation“). In jeder Zentralverwaltungswirtschaft bildete sich dennoch ein im Zeitablauf wachsender „inoffizieller Sektor“, in dem am Plan vorbei Güter produziert und vor allem: verteilt wurden.³⁸

B.II.6 Marktwirtschaft: spontane Ordnung³⁹

Als „Marktwirtschaft“ bezeichnen wir ein System dezentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses, in dem die Koordination individueller Entscheidungen durch eine im wesentlichen aus allgemeinen Regeln bestehende Rechtsordnung sichergestellt wird. Ihre Etablierung setzt die ordnungspolitische Grundsatzentscheidung für das **Prinzip der Privatautonomie** voraus, d. h. die Freiheit, die (vertraglichen) Beziehungen zu anderen Individuen im Rahmen der allgemeinen Regeln **eigenverantwortlich** zu gestalten.

Während die Grundidee der Zentralverwaltungswirtschaft unmittelbar einleuchtend scheint, ist das Funktionsmuster einer Marktwirtschaft bedeutend schwerer zu begreifen: „Ordnung ist für einfach denkende Menschen das Ergebnis der ordnenden Tätigkeit eines ordnenden Wesens. Ein Großteil der Ordnung der Gesellschaft, von der wir sprechen, ist aber nicht von dieser Art; und die bloße Erkenntnis, dass es eine andere Art der Ordnung gibt, erfordert einiges Nachdenken. (...). Die Art und Weise, mit der es der Markt zustande bringt, dass die Teilnehmer ständig veranlasst werden, auf Ereignisse, von denen sie keine direkte Kenntnisse haben, in einer Weise zu reagieren, die einen ununterbrochenen Produktstrom sichert, (...) ist ein Musterbeispiel einer (...) spontanen Ordnung.“⁴⁰

³⁶ ... das heißt die „Kommandowirtschaft“ tut sich schwer, auch nur das „statische Allokationsproblem“ zu lösen.

³⁷ Harald Kunz: Sandkastenspiele der Erwachsenen, a.a.O.

³⁸ Mancur Olson beschreibt diesen Prozess als „Sklerose der Kommandowirtschaft“. Vgl. ders.: Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships, New York 2000 und Horst-Henning Jank: Georgien – institutioneller Wandel und wirtschaftliche Stagnation, Referat für den 3. Workshop des Walter Eucken-Instituts „Ordnungsökonomik und Recht“ Bleibach/Gutach, 11.-13. Oktober 2002,

³⁹ Vgl. Harald Kunz: Marktwirtschaft und Wettbewerb, in: D. Specht und M.G. Möhrle (Hrsg.): Gabler Lexikon Technologiemanagement, Wiesbaden 2002, S. 182-184.

⁴⁰ Friedrich August von Hayek: Arten der Ordnung, in: Freiburger Studien, Tübingen 1994, S. 32 und 37,

Die Marktwirtschaft basiert auf eigenverantwortlichen Entscheidungen gleichberechtigter Tauschpartner, von denen jeder nach seinen selbstgesteckten Zielen strebt (Privatautonomie). Der Markt ermöglicht es, das Wissen, das auf seine vielen Teilnehmer verstreut ist zu nutzen. Man spricht hier (analog zur Arbeitsteilung) vom Prinzip der „**Wissensteilung**“.

Die Koordination der Unzahl von Einzelplänen erfolgt über den Preismechanismus. Die im Wettbewerb sich bildenden Preise bündeln das verstreute Wissen um die Bewertung der Ressourcen. Preise dienen als Knappheitsindikatoren; sie sind Signale, die anzeigen, welche Güter und Ressourcen begehrt und daher wertvoll sind. Sie setzen die Anreize für den einzelnen, ohne dass er über die Ursachen steigender oder sinkender Knappheit Kenntnis haben müsste; sie sagen ihm, was er zu tun hat und wie er sich anzustrengen hat.

B.II.7 Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren

Preise signalisieren dem einzelnen, wonach sich zu suchen lohnt. Koordinationslücken in der Marktwirtschaft werden geschlossen, weil ihr Aufspüren dem Entdecker Gewinn verspricht. Insbesondere heißt das auszuloten, ob neuartige Güter und neue Verfahren auf bisher unbefriedigte Bedürfnisse der Nachfrager und damit auf Zahlungsbereitschaft treffen. Das „Einkommensmotiv“ speist neues Wissen ins Marktsystem. Die Nachfrager entscheiden darüber, welche der angebotenen Problemlösungen den Test am Markt bestehen. Sie lenken damit die Struktur der Produktion.

Der Wettbewerb dient so als „Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen (...), die ohne sein Bestehen entweder unbekannt blieben oder doch zumindest nicht genutzt würden.“⁴¹ Das Auftreten von Unternehmen, die neue Produkte und Technologien einführen, zwingt andere zu reagieren oder vom Markt auszuschneiden: Der Wettbewerb ist damit ein Prozess „schöpferischer Zerstörung“ (Josef A. Schumpeter).

B.II.8 Eigennutz und Gemeinwohl: die unsichtbare Hand

„Es ist nicht das Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäcker, dem wir unser Abendessen verdanken, sondern nur deren Rücksicht auf eigene Interessen.“

ADAM SMITH (1776)⁴²

Der Ökonom muss den Menschen so nehmen wie er ist. Die Wirtschaftssubjekte – Anbieter und Nachfrager - verfolgen wohl in erster Linie ihre eigenen, egoistischen Ziele.⁴³ Das am Eigeninteresse orientierte, durch allgemeine, abstrakte Regeln kanalisierte Handeln jedes Einzelnen bewirkt aber das aus Sicht aller Vorteilhaftes. Auf ein Schlagwort verkürzt: Der individuelle Egoismus schafft das öffentliche Wohl („private vices – public benefits“). Diesen Mechanismus nennt Adam Smith das Wirken der „unsichtbaren Hand“.

Der Markt verspricht demjenigen, der auf Bedürfnisse der Nachfrager stößt, Gewinne. Dadurch, dass von den aufgedeckten Gewinnchancen weitere Anbieter angelockt werden, sinken die erzielbaren Preise und damit die Gewinne. Der Zustrom weiterer Anbieter endet auf

Hervorhebung des Autors.

⁴¹ Friedrich August von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, a.a.O. S. 249.

⁴² Schottischer Moralphilosoph(!) und Begründer der modernen Nationalökonomie. Hauptwerk: „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ (1776); auf deutsch kurz: Der Wohlstand der Nationen.

⁴³ Das heißt: Sie streben nach Nutzen- bzw. Gewinnmaximierung. Das ist nicht im Sinne einer normativen Vorschrift zu sehen, sondern als methodologisches Prinzip.

einem „idealen Markt“⁴⁴ erst, wenn die Gewinne gleich Null sind.⁴⁵ Bei „vollkommenem Wettbewerb“ sind die Kosten der Produktion der letzten gerade noch angebotenen Einheit - die Grenzkosten - gleich dem Wert, den der letzte Nachfrager, der das Gut noch haben will, dieser Gütereinheit beimisst. Genau bei dieser Menge ist der gesellschaftliche Wert der Produktion des Gutes maximal.

⁴⁴ D.h. bei vollkommener Information, ohne Transportkosten, Marktzutrittsschranken und sonstige Friktionen. Man redet von der Abwesenheit von *Transaktionskosten*.

⁴⁵ Denn sonst, so die Logik, würden bei offenen Märkten ja weitere Anbieter angelockt.

B.II.9 Ethische Basis der Marktwirtschaft: Austauschgerechtigkeit („Do ut des“)

„Händler haben eine schlechte Presse.“

MILTON FRIEDMAN

Das Prinzip der „unsichtbaren Hand“ kollidiert mit der althergebrachten Ansicht, dass nur derjenige Gutes bewirken kann, der das bewusst und in selbstloser Absicht für andere Menschen tut (man sagt: aus altruistischen Motiven).⁴⁶ Eine Ordnung, die auf Eigennutz beruhe, könne keine ethische Basis haben. Diese Vorstellung ist ebenso verbreitet wie verkehrt.

Denn: In einer Marktwirtschaft erhält jeder für sein Tun das, was die Ergebnisse dieses Tuns anderen wert sind.⁴⁷ Ihre ethische Basis ist das Prinzip „do ut des“ = „Geben und Nehmen“ = Austauschgerechtigkeit = „kommutative Gerechtigkeit“. Was die Leistung des Einzelnen wert ist, ist von dessen Anstrengung, Gespür und Können, aber auch vom Zufall, von Glück oder Pech abhängig. Die Einkommensverteilung, die der Markt hervorbringt, ist notwendigerweise mit Ungleichheit verbunden.

B.II.10 Fazit

- Die abstrakte polyzentrische Ordnung durch Markt und Wettbewerb und die konkrete monozentrische Ordnung des Wirtschaftssystems bilden die beiden großen institutionellen Antworten auf das Knappheitsproblem.
- Die Zentralverwaltungswirtschaft beruht auf einem einfachen, unmittelbar einleuchtenden Ordnungsprinzip: der „**Ordnung durch Anordnung**“. In der praktischen Durchführung aber erfordert das System ein enormes Wissen, das prinzipiell nicht erlangbar ist: Die Zentralverwaltungswirtschaft basiert auf der „**Anmaßung von Wissen**“ (Hayek). Deshalb hat sich das System als statisch und dynamisch ineffizient erwiesen.
- Das Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft ist gedanklich sehr viel schwerer zu erfassen: Sie ist eben das „**Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs**“ (Ferguson). Solch eine **spontane Ordnung** hat sich unter Effizienzgesichtspunkten als der geplanten Ordnung überlegen erwiesen. Insbesondere die Innovationskraft ist der einer Zentralverwaltungswirtschaft überlegen: Der Wettbewerb dient als Entdeckungsverfahren.
- Anstelle „konkreter“ Weisungen dienen in einer Marktwirtschaft allgemeine, „abstrakte“ Regeln dazu, das Handeln der Wirtschaftssubjekte zu „kanalisieren“. Zu den Regeln gehört der Verzicht auf die obrigkeitliche Einmischung im Einzelfall, das bedeutet die Forderung nach **Ordnungskonformität** von wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Abschließende Bemerkungen:

- Anreizprobleme und Informationsprobleme bestehen in jeder Hierarchie, auch in Unternehmenshierarchien in der Marktwirtschaft.⁴⁸ Ein Unternehmen ist streng genommen eine Zentralverwaltungswirtschaft im Kleinen.⁴⁹ Hier wie dort gilt: Bei

⁴⁶ Letzteres lehrte schon Aristoteles.

⁴⁷ ... mindestens, was sie ihm selber wert sind. Sonst würde er es nicht tun.

⁴⁸ Material zu diesem Problembereich findet sich in der einschlägigen betriebswirtschaftlichen Literatur sowie unter der Adresse <http://www.unitedmedia.com/comics/dilbert/>.

⁴⁹ Im Ökonomenjargon nennt man Probleme mangelnder Anreize, sich für von den Weisungsgebern gesetzte Ziele einzusetzen, *Principal-Agent-Probleme*.

schwindender ideologischer Basis und mit zunehmender wirtschaftlicher Komplexität wachsen die Kosten zentraler Entscheidungen (Anne Krueger).

- Allerdings zwingt in einer Marktwirtschaft der Wettbewerb am Gütermarkt und am Kapitalmarkt das Unternehmen, solche Ineffizienz zu bekämpfen. Schafft es das nicht, drohen Konkurs oder Übernahme. (In diesem Sinn fungiert der Kapitalmarkt als Kontrollinstanz).
- Ob eine Leistung im eigenen Unternehmen, also in der Hierarchie erstellt wird oder ob sie am Markt, also von anderen Unternehmen eingekauft wird („Make or Buy“), ist eine Frage der geringeren „Transaktionskosten“. Schlagworte für eine solche verstärkte Marktnutzung sind „Outsourcing“ oder „Lean Production“.
- Schließlich gibt es immer noch feine Unterschiede zwischen Unternehmen und Staaten: Ein Unternehmen verfolgt nun einmal begrenzte Ziele, zum Beispiel: Autos bauen. Und bei einem Unternehmen gibt es Austrittsmöglichkeiten ...
- Auch wenn die These von der überlegenen Effizienz des Marktsystems theoretisch wie empirisch gut belegt ist, bleibt die Entscheidung für das eine oder das andere System letztendlich ein Werturteil (siehe die Ausführungen zum Pareto-Kriterium). Ist jedoch die Grundentscheidung für die Marktwirtschaft gefallen, sind für ihre Funktionsfähigkeit gewisse rechtliche Voraussetzungen unabdingbar (siehe den nächsten Abschnitt).

C INSTITUTIONELLE VORAUSSETZUNGEN DER MARKTWIRTSCHAFT

Das Koordinationsergebnis in einer komplexen arbeitsteiligen Wirtschaft wird von Verhaltensunsicherheiten beeinträchtigt. Gemeinsame **Institutionen** (Regeln, Rechtsordnungen, Handelsordnungen) und die sie stützenden Wertesysteme dienen den Menschen dazu, solche Verhaltensunsicherheiten abzubauen.⁵⁰ Sie ermöglichen es dem Einzelnen, Erwartungen über das Handeln seiner Mitmenschen zu bilden, indem sie bestimmte Handlungsmöglichkeiten auszuschließen.

Zur Demonstration der Vorteilhaftigkeit allgemeiner Regeln wird gern auf die Fiktion des „Hobbesschen Urzustands“ zurückgegriffen: Der Hobbessche Urzustand ist ein Zustand vollständiger Freiheit des Einzelnen.⁵¹ Diese totale Freiheit schließt aber auch die Möglichkeit ein, in die Freiheit anderer einzugreifen, sie zu überfallen und zu berauben. Deshalb ist der Einzelne aber auch gezwungen, Vorkehrungen gegen den Überfall anderer zu treffen. Die Anarchie wird zum „Negativsummenspiel“: Ohne adäquate Regeln verlieren alle.

Mit Hilfe der Spieltheorie kann man das Ergebnis herleiten. Man spricht hier vom „Prisoners' Dilemma“:

C.I Die Rationalitätenfalle: das klassische Prisoners' Dilemma

Zwei Gefangene – Ede und Atze - sind wegen eines gemeinsam begangenen Raubüberfalls angeklagt, wofür aber die Beweise fehlen. Nachzuweisen ist ihnen nur unerlaubter Waffenbesitz. Die Gefangenen sitzen in getrennten Zellen und dürfen nicht miteinander kommunizieren. Der Staatsanwalt macht nun beiden folgendes Angebot: Gesteht nur einer der beiden, gilt er als Kronzeuge und wird sofort freigelassen. Der andere wandert für sieben Jahre in den Knast. Gesteht keiner, bekommen beide je ein Jahr wegen unerlaubtem Waffenbesitz. Gestehen beide, bekommen beide je fünf Jahre aufgebürmt.

Die „Auszahlungen“ in Form von Gefängnisstrafen [in Jahren] sind für Spieler 1 jeweils rechts/oben, für Spieler 2 links/unten in den Feldern wiedergegeben.

Rationalitätenfalle I:

Auszahlung: Jahre im Knast -

		Ede		Alternativen	
		Gestehen	Leugnen	Gestehen	Leugnen
Atze	Gestehen	5	7	7	0
	Alternativen	Gestehen	5	0	0
		Leugnen	7	1	

⁵⁰ Vgl. etwa Friedrich August von Hayek: Über den >Sinn< sozialer Institutionen, Schweizer Monatshefte 36 (1956), wiederabgedruckt in ders.: Rechtsordnung und Handelsordnung, Tübingen 2003, S. 3-14 sowie Douglass C. North: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen 1992.

⁵¹ Hier gilt: „Homo homini lupis“ (das heißt: Der Mensch ist des Menschen Wolf).

Das Spiel besitzt eine zwingende, perfide Logik:⁵² Egal was der andere tut, ist für jeden Spieler „Gestehen“ die vorteilhaftere Entscheidung, die „dominante“ Strategie. Ergebnis: Beide gestehen, und sie bekommen fünf Jahre,⁵³ obwohl für beide die Option, wo beide leugnen, günstiger (Pareto-superior) wäre. Für keinen ist es aber rational, einseitig von der Strategie „Gestehen“ abzuweichen („Nash-Gleichgewicht“). Hier entsteht aus individuell rationalem Verhalten ein für die Beteiligten irrationales Ergebnis. Man bezeichnet eine solche Situation auch als „Konkurrenzparadoxon“ oder „Rationalitätenfalle“.⁵⁴

Übertragen auf den Fall des rechtlosen „Hobbesschen“ Urzustands heißt das: Jeder hat einen Anreiz, den anderen zu überfallen, von einmal geschlossenen Verträgen abzuweichen. Er muss seinerseits aber Vorkehrungen gegen Verhaltensrisiken treffen, die von den Mitmenschen ausgehen („opportunistisches Verhalten“). Diese „Verteidigungsanstrengungen“ verschlingen Ressourcen, die nicht mehr für andere Zwecke zur Verfügung stehen.

Rationalitätenfallen II: Der „Hobbessche Dschungel“ - Auszahlung: Nutzeinheiten -

		Freitag		Alternativen	
		Angriff	Frieden	Angriff	Frieden
Robinson	Angriff	-4	-10	-4	12
	Frieden	-10	8	12	8

⁵² Kein Spieler weiß zunächst, was der andere tut. Jeder Spieler überlegt aber folgendes:

- Es könnte sein, dass der andere leugnet. Wenn ich dann selbst leugne, wandere ich für ein Jahr in den Knast. Wenn ich aber selbst gestehe, werde ich sofort freigelassen.
 - Es könnte sein, dass der andere gesteht. Wenn ich dann selbst leugne, wandere ich für sieben Jahre in den Knast. Wenn ich selbst gestehe, muss ich nur fünf Jahre absitzen.
- In beiden Fällen ist es besser zu gestehen.

⁵³ Das Ergebnis bezeichnet man zu Ehren des Begründers der mathematischen Spieltheorie, John Nash, als „Nash-Gleichgewicht“. Vgl. den Film „A Beautiful Mind.“

⁵⁴ So die von Wolfgang Stützel geprägten Ausdrücke.

Rationalitätenfalle: Ausweg 1:
Übertragung des
Selbstbestimmungsrechts und
des Selbstverteidigungsrechts
an einen absoluten Souverän,
der im Gegenzug die Menschen
voreinander schützt:
„Leviathan“



Thomas Hobbes
(1588-1679)

Rationalitätenfalle Ausweg II:

- Privatautonomie und Eigentumsrechte, die von unparteiischem, mit Gewaltmonopol ausgestattetem Staat überwacht werden
- „Gute Zäune machen gute Nachbarn“



James M. Buchanan
(*1919, Nobelpreis 1986).

Um das Dilemma zu überwinden, müssen die Parteien bestimmte Einschränkungen ihrer Handlungsmöglichkeiten in Kauf nehmen. Sie müssen übereinkommen, gegenseitig ihre Eigentumsrechte zu respektieren. Ohne weitere Vorkehrungen wäre eine solche Übereinkunft aber wertlos. Sie müssen eine unparteiische, mit einem Gewaltmonopol ausgestattete Instanz etablieren, die für die Durchsetzung der Rechtsordnung sorgt, und die die Einhaltung von Verträgen **überwacht**.

C.II Privatautonomie und Eigentumsrechte, Vertragsfreiheit und spontane Ordnung

Die Etablierung einer Marktwirtschaft setzt die ordnungspolitische Grundsatzentscheidung für das Prinzip der Privatautonomie voraus, d. h. die Freiheit, die (vertraglichen) Beziehungen zu anderen Individuen im Rahmen der allgemeinen Regeln eigenverantwortlich zu gestalten. Die Ordnung der Wirtschaft durch Markt und Wettbewerb fußt auf einem Bekenntnis zum Prinzip der persönlichen Freiheit. Es dient der Effizienz des Systems und fungiert zugleich als seine ideologische Basis.

Die zur Wertbasis passenden Rechtsregeln müssen **allgemein und abstrakt** sein; sie gelten ohne Ansehen der Person für eine ex ante⁵⁵ unbekannte Zahl künftiger Fälle und schaffen Gleichberechtigung.

Auf Verfassungsebene nehmen sie die Gestalt grundrechtlicher Freiheitsverbürgungen an und fungieren so wesentlich als Schutzrechte gegenüber staatlicher Machtausübung - auch gegenüber der Gefahr der "Tyrannei der Mehrheit".⁵⁶

Auf der Ebene des Zivilrechts (=Privatrechts) wird die Privatautonomie mit Privateigentum und Vertragsfreiheit eingerichtet. Die Grenzen der Privatautonomie sind dort berührt, wo die Handlungen die schutzwürdigen Interessen anderer beeinträchtigen. Die Einschränkung der Vertragsfreiheit durch das **Verbot von Verträgen zu Lasten Dritter** dient dabei dem individuellen Schutz vor privater Macht: Unter anderem findet das Verbot von Kartellen hierin seine Begründung.

Zusammenfassung:

Damit sich die Marktwirtschaft als spontane Ordnung auf der Basis dezentraler Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte herausbilden kann, sind die Freiheitsrechte des Einzelnen zu garantieren und abzugrenzen, und zwar

- auf der **Verfassungsebene**: gegenüber staatlicher Willkür,
- auf der **Zivilrechtsebene**: gegenüber anderen Individuen. Die bedeutet insbesondere ein Verbot von Verträgen zu Lasten Dritter.

Auf dieser Grundlage bildet sich "spontan" eine "Handelsordnung" heraus, die das allgemeine Muster eines wettbewerblichen Austauschprozesses zeigt und die bei der arbeits- und wissensteiligen Nutzung komparativer Alternativkostenvorteile bei der Güter- und Leistungsproduktion ihren Ausgang nimmt. Die „List der Idee“ des Marktsystems besteht darin, dass das individuelle Gewinnstreben der Anbieter über die von der Privatrechtsordnung vermittelten Anreize so kanalisiert wird, dass dadurch Vorteile für alle erwachsen.

Anmerkung: Die Entstehung einer solchen Rechtsordnung ist kein „Selbstläufer“ (vgl. Kapitel E: öffentliche Güter). Die Situation in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erinnerte zeitweilig frappierend an den Hobbesschen Urzustand. Wo Plastiksprengeffekt als legitimes Mittel im Wettbewerb gilt, kann sich offenbar eine funktionsfähige Marktwirtschaft nur schwer bilden.

Die Zuweisung von Eigentumsrechten muss **eindeutig, dauerhaft und verlässlich** erfolgen. Mängel in der Zuweisung von Eigentumsrechten führen zu einer ineffizienten Allokation. Defekte, unvollständige Eigentumsrechte verhindern, dass die Ressourcen zum „besten Wirt“ wandern. „Ist ein Eigentumsrecht nicht eindeutig zugeordnet,

- kann niemand es nutzen oder
 - können alle (jedenfalls: zu viele) es nutzen.
- Die Knappheit der Güter regiert nicht den Umgang mit ihnen.“⁵⁷

Ein Beispiel für Probleme der ersten Art ist die vom Streit um das „Restitutionsprinzip“ ausgelöste Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Wertvolle Ressourcen in Form

⁵⁵ Das heißt „im Voraus“.

⁵⁶ Die Demokratieggeschichte besteht aus dem Konflikt zwischen der Durchsetzung des Mehrheitsprinzip und der Verteidigung der individuellen Freiheitsrechte gegen die Gefahr der Tyrannei der Mehrheit.

⁵⁷ Sievert a.a.O.

von Gebäuden wie Betriebsvermögen blieben ungenutzt oder verfielen, weil die Eigentumsrechte nicht klar waren.⁵⁸

Beispiel für Probleme der zweiten Art ist die „**Tragödie der Gemeingüter**“: Ist das Eigentumsrechts an einer knappen Ressource (z.B. einem Fischteich) nicht eindeutig zugeordnet, und kann daher niemand vom Gebrauch (d.h. vom Fischen) ausgeschlossen werden, wird jeder bemüht sein, sich möglichst viel anzueignen, ehe ein anderer es tut. Das Ergebnis ist die Übernutzung der Ressource: ein Überfischen bzw. Leerfischen des Teichs.⁵⁹ Viele Umweltprobleme sind von dieser Natur. Es handelt sich wiederum um die klassische Situation einer Rationalitätenfalle (siehe oben).

Ist Eigentum nicht dauerhaft und verlässlich zugeordnet, herrscht ebenfalls eine Tendenz zur Übernutzung: Wenn damit zu rechnen ist, dass er das Eigentumsrecht (z.B. an einem Bodenschatz) bald verlieren kann (etwa durch Enteignung), beutet der Nutzer es aus, so rasch es geht und unterlässt Reinvestitionen (d.h. er betreibt „Raubbau“).

C.III Selbstdurchsetzende Regeln (Konventionen)

Probleme vom Typ der Rationalitätenfalle beziehen ihre Schärfe daraus, dass Abweichen von einer Regel für jeden Einzelnen lohnend ist. Kollektives Abweichen führt aber zu einem Ergebnis, das keiner der Beteiligten wünscht. Solche Probleme erfordern die Überwachung und Durchsetzung der Regeln durch eine unabhängige „externe“ Instanz: den mit einem Gewaltmonopol versehenen Staat (man redet von „überwachungsbedürftigen Normen“).

Demgegenüber gibt es auch Situationen, bei denen eine bloße freiwillige Absprache genügt, um den Kooperationserfolg zu ermöglichen: Es lohnt sich für den Einzelnen nicht, von der Absprache abzuweichen. Im Beispiel unten müssen sich zwei Personen einigen, auf welcher Seite der Straße sie fahren wollen. Die Nutzen für die Spieler sind in den Ergebnisfeldern wiedergegeben. Sowohl wenn beide links fahren als auch wenn beide rechts fahren, kommen sie gut miteinander aus. Wenn einer „ausschert“, ist das Ergebnis für beide negativ. Ein Abweichen ist also für den Einzelnen nicht lohnend. Regeln dieses Typs nennt man „selbstdurchsetzende Normen“ oder „Konventionen“. Beispiele sind Sprache, Zeitrechnung oder technische Standards.

⁵⁸ Zusätzliche Lehre: Wenn ihr Eigentumsrechte zuweisen müsst: Tut es rasch!

⁵⁹ „Im Gleichgewicht geht es allen schlecht: den Fischern, den Fischkonsumenten, - von den Fischen ganz zu schweigen“ (Alfred Endres).

		Spieler 1		Alternativen	
				Rechts	Links
Spieler 2					
			Rechts	Links	
Alternativen	Rechts		0	-10	
	Links		-10	0	
			-10	0	

Zwischen den Extremen der freiwilligen Einhaltung und der Notwendigkeit der staatlichen Überwachung findet sich eine Bandbreite von Normen: solche, die durch individuelle Moral, durch Sitten und Gebräuche⁶⁰ oder „soziale“ Kontrolle abgesichert sind.

Das System von Normen und das sie stützende Wertesystem bezeichnen wir mit Douglass C. North als „institutionelle Matrix“ oder kurz: als „Kultur“ einer Gesellschaft. Mit deren Entstehung und mit deren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung befasst sich die „Neue Institutionenökonomik“.⁶¹

C.IV Geld

Arbeitsteilung ermöglicht eine beträchtliche Steigerung der Produktionsmöglichkeiten (siehe Teil B). Die arbeitsteilig hergestellten Produkte können nun zwischen den Wirtschaftssubjekten ausgetauscht werden. Beim freiwilligen Tausch bringt die Benutzung von „Geld“ erhebliche Vorteile. Geld dient

a) als Tauschmedium:

In einer Naturaltauschwirtschaft muss man Transaktionspartner finden, die gerade „entgegengesetzte“ Tauschwünsche haben (zufällige „Kongruenz der Tauschwünsche“); unter Umständen muss man lange „Tauschketten“ bilden. Die Einigung auf ein allgemeines Tauschmedium erleichtert die Suche ungemein. Durch die Verwendung von Geld können **Transaktionskosten**⁶² eingespart werden.

Voraussetzung: Vertrauen auf die Benutzbarkeit (Geld als „spezialisierte Tauschmittler“ wird nur dann akzeptiert wenn es „stabil“ ist, d.h. wenn es nicht inflationiert).

b) als Recheneinheit:

⁶⁰ „Interne“ Institutionen; dazu zählen auch die „Sekundärtugenden“ wie Fleiß, Pünktlichkeit, Ehrlichkeit.

⁶¹ Für einen Überblick vgl. Douglass C. North: Hayek's Contribution to Understanding the Process of Economic Change, in: Viktor Vanberg (Hrsg.): Freiheit, Wettbewerb und Wirtschaftsordnung, Freiburg i.Br., Berlin und München 1999, S. 79-96. und Stefan Voigt: Institutionenökonomik, München 2002.

⁶² Kosten der Anbahnung, Abwicklung und Kontrolle von Verträgen.

Die Benutzung von Geld als allgemeinem Wertmaßstab („numeraire-Gut“) erhöht die Transparenz und senkt die Informationskosten. Während in einer Naturaltauschwirtschaft mit n Gütern $n(n-1)/2$ Realtauschverhältnisse = Preise existieren,⁶³ gibt es in einer Geldwirtschaft nur noch n Preise.

c) als Wertaufbewahrungsmittel:

Mit Hilfe von Geld kann man Einnahmen und Ausgaben voneinander lösen, Konsum und Ersparnis wunschgemäß zeitlich verteilen.

Die „Geldnähe“ einer Anlageform bemisst sich nach der Möglichkeit, sie jederzeit kostengünstig und ohne das Risiko von Wertschwankungen „flüssig“ machen - d.h. in allgemein akzeptierte Zahlungsmittel umwandeln - zu können. Die Alternativkosten der Kassenhaltung (Bargeld und Girogeld) bestehen im Verzicht auf den Zins (den man bei längerfristiger Anlage erzielen könnte).

Von daher ist die Abgrenzung des Geldbegriffs nicht eindeutig. In gewisser Weise kann zum Beispiel auch eine Rolex-Uhr „Quasi-Geldfunktion“ erfüllen.

Unverderblichkeit (Wertstabilität) ist Voraussetzung für die Erfüllung der Wertaufbewahrungsfunktion. Wenn Geld nicht stabil ist, dienen Geldsubstitute⁶⁴ der Wertaufbewahrung („Betongold“, Schmuck). Und: Wo Geld die Funktion der Wertaufbewahrung verliert, verliert es früher oder später auch die anderen Funktionen.

Um die Geldfunktionen zu erfüllen, muss Geld folgende Eigenschaften besitzen:

- Knappheit
- Haltbarkeit
- beliebige Teilbarkeit
- Gleichwertigkeit (Homogenität)
- Übertragbarkeit (Transportierbarkeit)

⁶³ In einer Wirtschaft mit 100.000 Gütern sind das 4.999.950.000 Realtauschverhältnisse.

⁶⁴ „Substitut“ heißt: Ersatz.

D MARKT UND PREISBILDUNG

D.1 Die Akteure

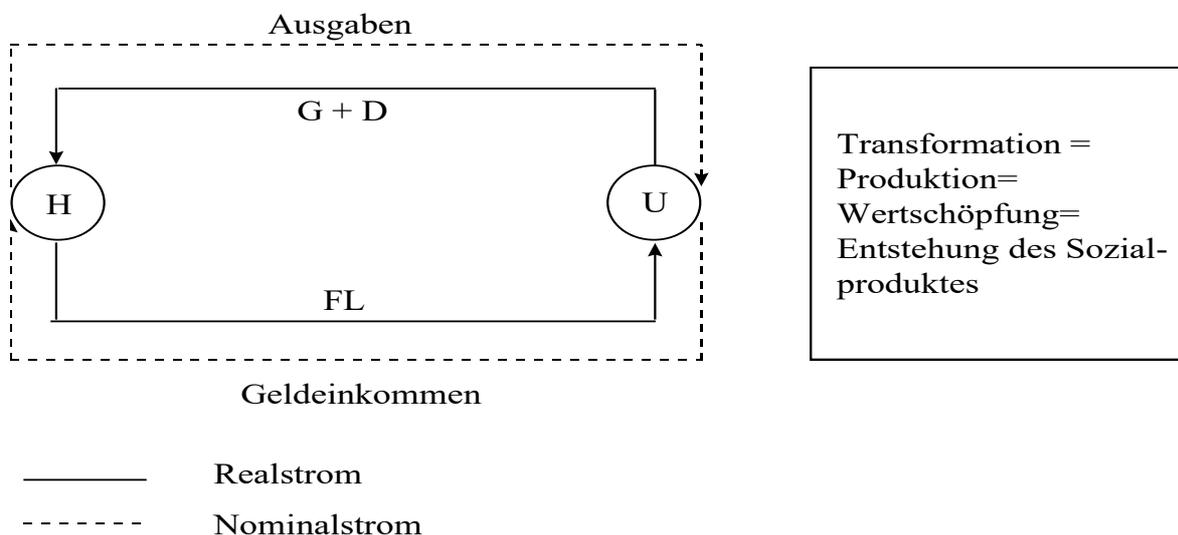
Mikroökonomik: Betrachtung einzelner Haushalte, Unternehmen und Märkte

Makroökonomik: Zusammenfassung gleichartiger ökonomischer Entscheidungen und gleichartiger Wirtschaftssubjekte

- ⇒ Bildung von vier Sektoren:
- Haushalte
 - Unternehmen
 - Staat
 - Ausland

Es wird absolute Arbeitsteilung in diesen Sektoren vorausgesetzt:

- nur Konsum im Haushalt
- nur Produktion im Unternehmen



FL = Faktorleistungen

G = Güter

D = Dienstleistung

Nominalstrom = Geldeinkommen (Pacht, Zins, Einkommen, Gewinn)

⇒ Summe der Faktorentgelte = Nominalwert des Sozialproduktes

Volkseinkommen = Nettosozialprodukt

D.2 Marktwirtschaftliche Koordination durch den Preis

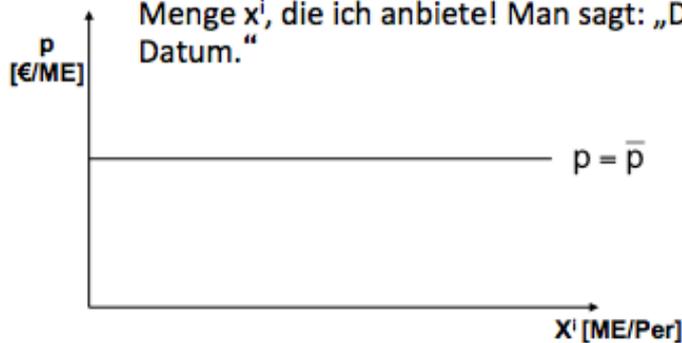
Annahme: Auf dem Markt herrscht „vollkommene Konkurrenz“. Was heißt das?

- ⇒ homogenes Produkt
- ⇒ große Anzahl von Anbietern und Nachfragern
- ⇒ vollkommene Information

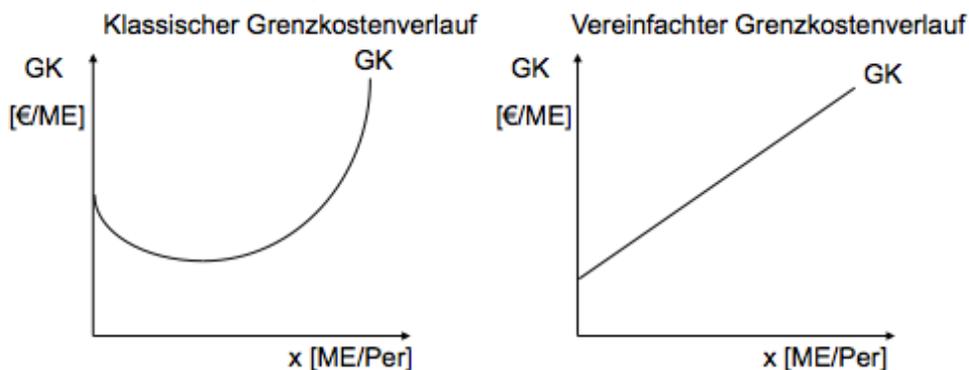
- ⇒ „Punktmarkt“: keine räumliche Ausdehnung
 ⇒ → keine sachlichen, räumlichen oder persönlichen Präferenzen der Nachfrager für bestimmte Anbieter oder umgekehrt

Wir greifen uns einen beliebigen Anbieter „i“ des Gutes X heraus. Der überlegt:

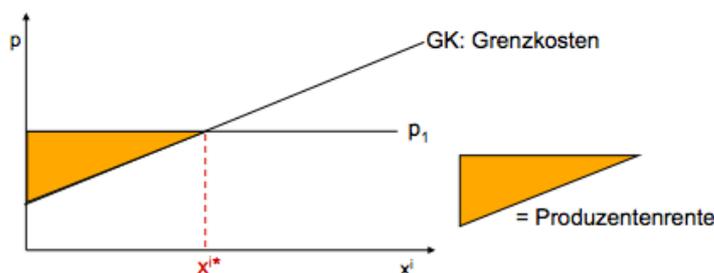
1. Was bringt mir die zusätzlich produzierte Einheit des Gutes X? → **Den Preis!** Der Preis ist unabhängig von der Menge x^i , die ich anbiete! Man sagt: „Der Preis ist ein Datum.“



2. Was kostet mich die zusätzlich produzierte (infinitesimal kleine) Gütereinheit? „**Grenzkosten**“.
 Zwei mögliche Verläufe:



3. Maxime: Produziere die Menge, bei der
 Preis = Grenzkosten!
 d.h. Anbieter ist „Mengenanpasser“!

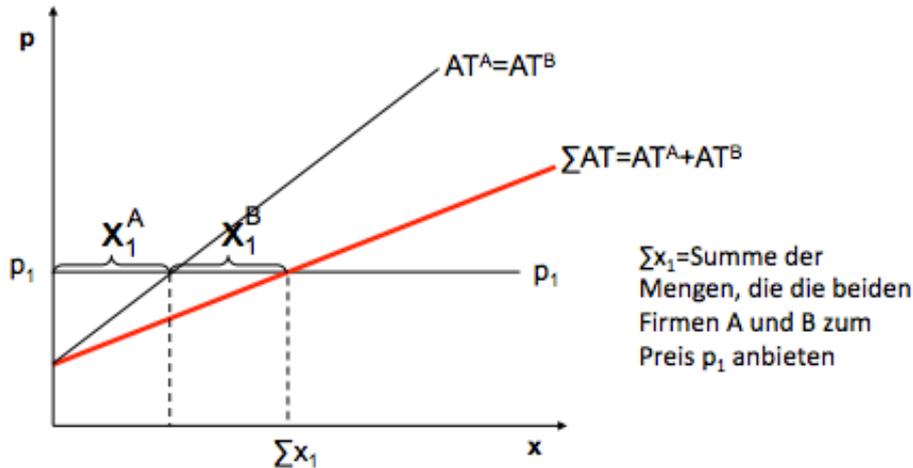


⇒ Grenzkostenkurve eines Anbieters gibt Auskunft darüber, welche Menge zu welchem Preis angeboten wird. Jeder Anbieter vergleicht

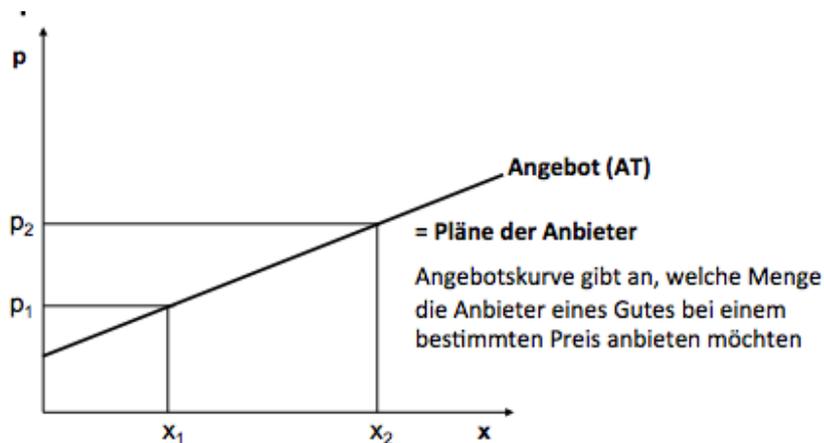
- die Kosten, die die Produktion einer zusätzlichen Einheit verursacht, das heißt: die „**Grenzkosten**“ und
- den Mehrerlös, den ihm diese Einheit bringt, das heißt hier: den **Preis**.

Er wird die Menge produzieren, bei der die letzte Einheit gerade das bringt, was sie kostet. Bei dieser Menge hat er seinen Gewinn maximiert. Je höher der Preis, desto höher die angebotene Menge. **Man sagt: Die Angebotskurve bestimmt die Grenzkostenkurve.**⁶⁵

Um die **Angebotskurve einer gesamten Branche** zu ermitteln, werden die einzelnen Angebotskurven „horizontal aggregiert“. Das heißt: Man zählt für jeden möglichen Preis die Mengen zusammen, die die einzelnen Firmen zu diesem Preis anbieten.



Zusammenfassung: Angebotskurve



Nachfrageseite:

Jeder Nachfrager misst zusätzlichen Einheiten des Gutes einen umso geringeren Wert bei, je mehr er bereits davon konsumiert. Je höher der Preis, desto geringer die nachgefragte Menge. Man sagt: Die Nachfragekurve gibt die „marginale Zahlungsbereitschaft“⁶⁶ wieder.

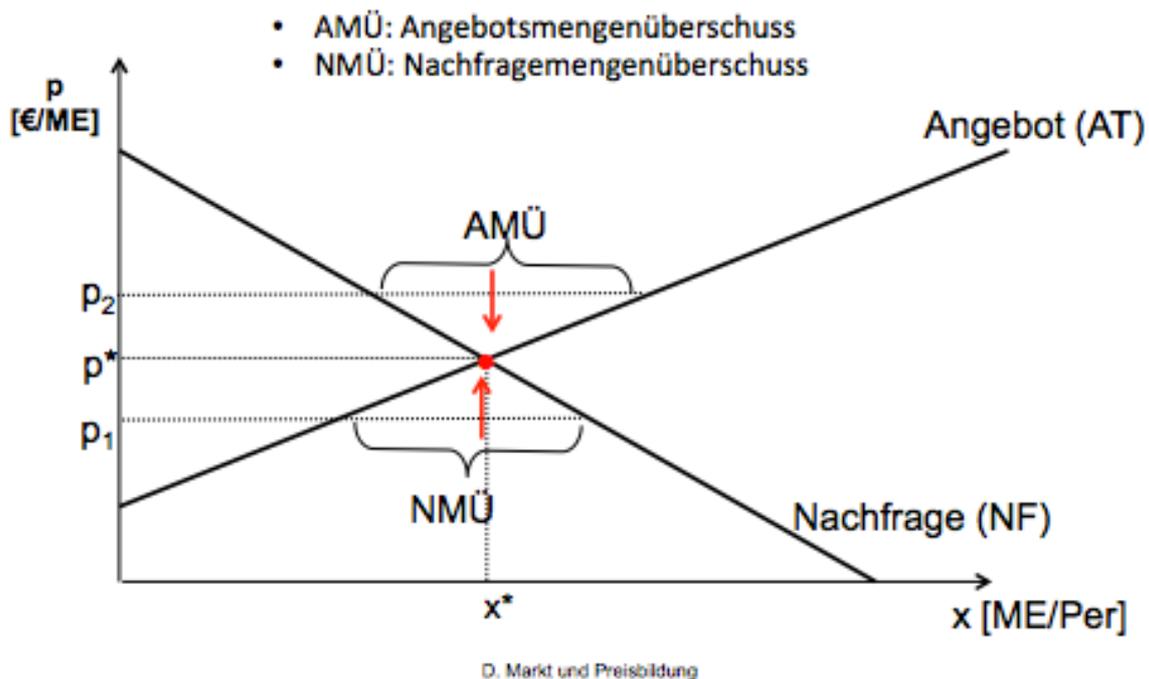
⁶⁵ Genauer gesagt: der „aggregierten“ Grenzkostenkurve, das heißt der Summe der individuellen Grenzkostenkurven aller Anbieter.

⁶⁶ Sie folgt dem „Gesetz des abnehmenden Grenznutzens“. Siehe Mikroökonomik.



Wir betrachten nun simultan Pläne von Anbietern und Nachfragern bei verschiedenen Preisen. Wir beobachten: Mit steigendem Preis

- steigt ceteris paribus die Menge, die die Anbieter von einem Gut bereitstellen wollen,
- sinkt ceteris paribus die Menge des betreffenden Gutes, die die Nachfrager abnehmen wollen (Gesetz der Nachfrage).



p^* ist der Preis, zu dem die Pläne der Anbieter und der Nachfrager – am Markt angebotene und nachgefragte Menge – übereinstimmen.

Ist der Preis

- höher (p_2), ergibt sich ein Angebotsmengenüberschuss (AMÜ)
- →Tendenz zur Preissenkung.
- niedriger (p_1), ergibt sich ein Nachfragemengenüberschuss (NMÜ)
- →Tendenz zur Preiserhöhung.

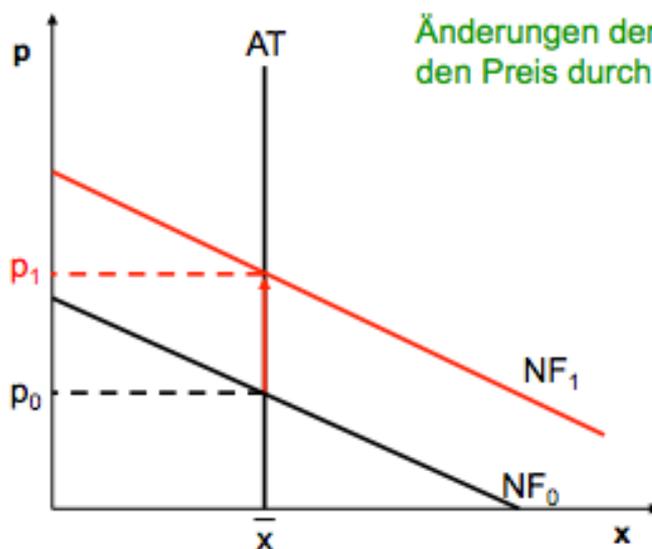
Ein stabiles Gleichgewicht herrscht nur zum Preis p^* . Dort sind die Pläne von Anbietern und Nachfragern in Übereinstimmung. Daher: p^* = Gleichgewichtspreis; x^* = Gleichgewichtsmenge.

„Ceteris paribus“ bedeutet wie gesagt Konstanz der anderen Einflussgrößen; also

- angebotsseitig: bei gegebenen Faktorpreisen und Produktionstechniken
- nachfrageseitig: bei gegebenen Einkommen, Präferenzen und Preisen anderer Güter.

D.3 Spezialfälle

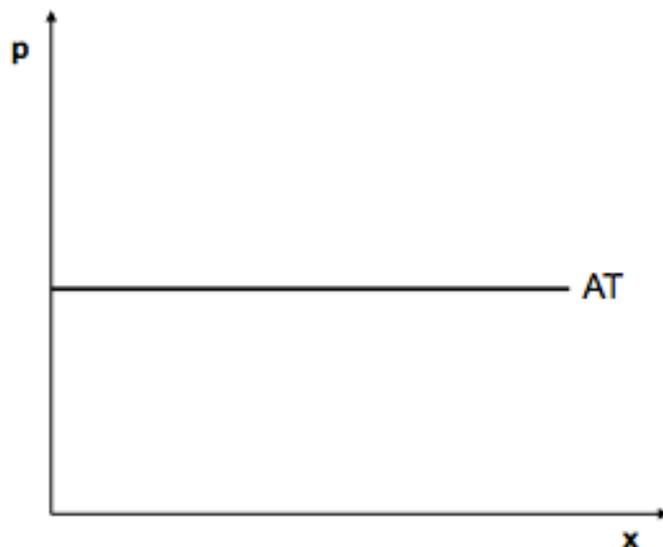
i. Starres (vollkommen unelastisches) Angebot



Änderungen der Nachfrage schlagen voll auf den Preis durch!

„Bestandsmärkte“:
Angebotene Menge nicht zu steigern:
Beispiele:
• Picasso-Gemälde
• Wohnungen (kurzfristig!)

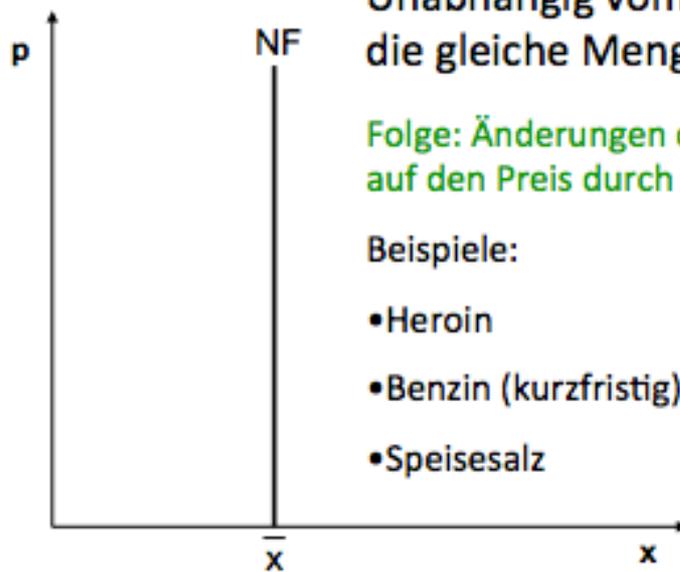
ii. Vollkommen elastisches Angebot



Änderungen der Nachfrage haben keinen Einfluss auf den Preis.

Beispiel: Weltrohölangebot aus Sicht Luxemburgs:
Weltmarktpreis reagiert nicht, wenn in Luxemburg die Nachfrage steigt/sinkt

iii. Starre Nachfrage



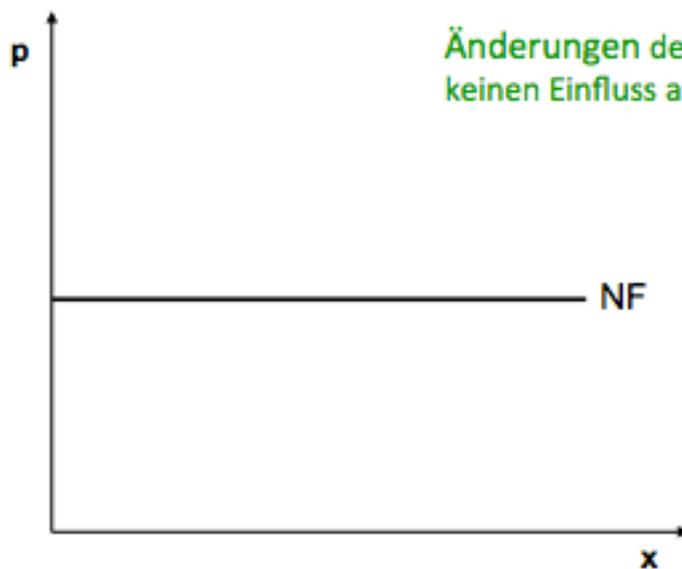
Unabhängig vom Preis wird immer die gleiche Menge nachgefragt.

Folge: Änderungen des Angebots schlagen voll auf den Preis durch

Beispiele:

- Heroin
- Benzin (kurzfristig)
- Speisesalz

iv. Vollkommen elastische Nachfrage



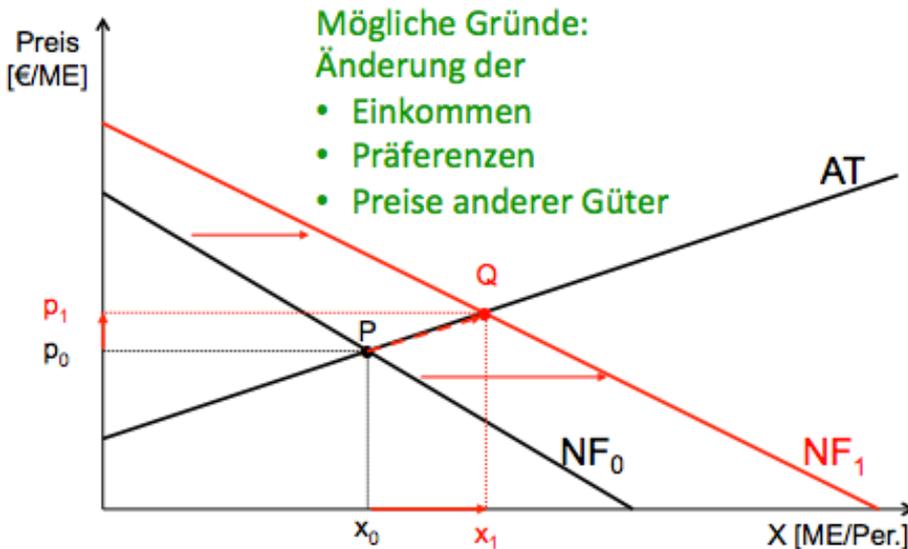
Änderungen des Angebots haben keinen Einfluss auf den Preis

Beispiel: Nachfrage aus Sicht eines Unternehmens in vollkommener Konkurrenz

D.4 Änderungen von Angebot und Nachfrage

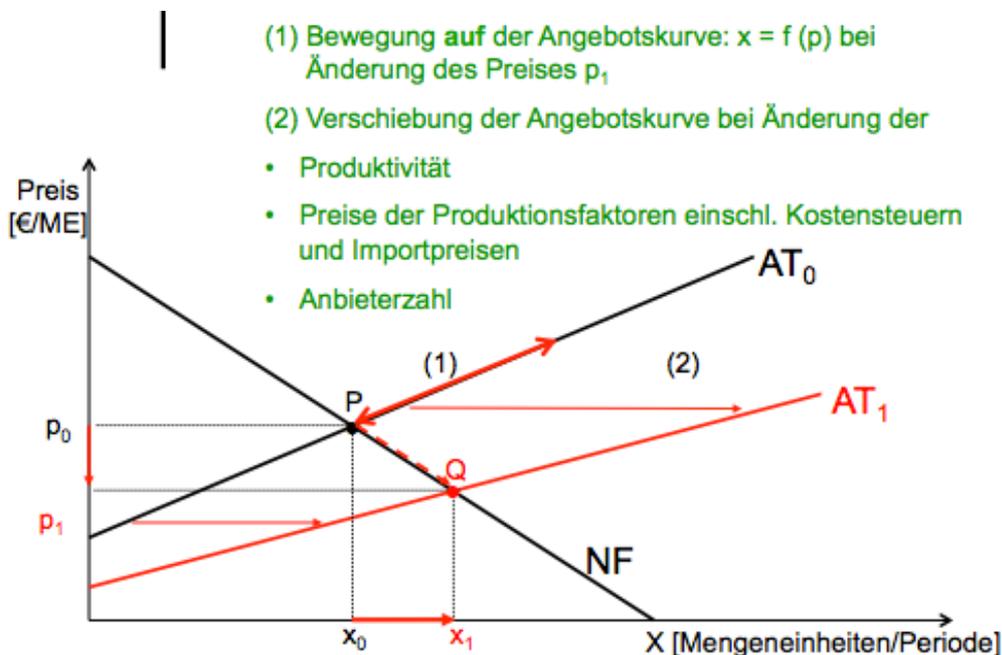
Ändert sich eine dieser Einflussgrößen, kommt es zu **Änderungen der Nachfrage und Änderungen des Angebots** (statt Änderungen der nachgefragten und der angebotenen Menge). Das heißt die betreffenden **Kurven verschieben sich**.

- **Änderung der Nachfrage:**



Das Gut x wird begehrt (mögliche Gründe: Einkommensänderungen, Präferenzänderungen, Verbilligung „komplementärer“ Güter oder Verteuerung „substitutiver“ Güter). Resultat: Höhere Menge (x_1) geht zu höherem Preis (p_1) über den Markt.

- **Änderung des Angebots**



Zu jedem Preis wird eine höhere Menge angeboten als vorher. Die Angebotskurve verschiebt sich nach rechts/unten. Mögliche Gründe: technischer Fortschritt (Prozessinnovation) oder sinkende Faktorpreise. Höhere Menge geht zu niedrigerem Preis über den Markt.

D.5 Die unsichtbare Hand

Solange an einem Markt Gewinne gemacht werden, führt dies zum Zustrom weiterer Anbieter - das heißt: Das Angebot steigt; die Angebotskurve verschiebt sich nach rechts. Dadurch sinkt aber der Preis und es sinken die am Markt erzielbaren Gewinne.

=> Gewinnstreben führt

- zum langfristigen Abbau der Gewinne
- zur Verbesserung der Güterversorgung hinsichtlich Preis, Menge, Qualität

= Paradoxon: „unsichtbare Hand“ (Adam Smith).

Nachfrage lenkt die Produktion, man spricht auch von der **Lenkungswirkung der Nachfrage bezüglich des Angebotes**. Wachstum und Schrumpfung von Industriezweigen werden also von der Nachfrage bestimmt (vgl. komparative Kostenvorteile des Auslands).

- ⇒ Veränderung von Anzahl und Größe der Unternehmen/Wirtschaftszweigen
- → Wert der Faktorleistungen bestimmt sich nach dem Wert des Endproduktes, für das eine freiwillige Zahlungsbereitschaft bestehen muss. Z.B. ist Arbeit nur dann ökonomisch sinnvoll, wenn sie zu einem Ergebnis führt, für das andere freiwillig zu zahlen bereit sind.
- ⇒ Faktormärkte = abgeleitete Nachfrage

Produktionsfaktorwanderung von schrumpfenden Industriezweigen in expandierende Industriezweige wird behindert durch:

- • Subvention von schrumpfenden Industrien
- • Gesetzgebung (z.B. über Mietgesetze).

Störungen, die sich als Folge solcher marktwidrigen Eingriffen einstellen, werden gerne als „Marktversagen“ interpretiert und ziehen weitere Eingriffe nach sich (man nennt das die Ölflecktheorie: die Tendenz zur Ausweitung der Staatseingriffe). Aber: Eine Verringerung der wirtschaftlichen Dynamik durch die Gesetzgebung ist nicht gleichbedeutend mit Marktversagen.

E BEGRÜNDUNGEN FÜR STAATSEINGRIFFE

Es gibt Umstände, unter denen nicht erwartet werden kann, dass die spontane Handlungskoordination mittels allgemeiner Regeln zu zufriedenstellenden Ergebnissen führt. Man redet in solchen Fällen von „Marktversagen“:

Übersicht: Marktversagenstatbestände

Bereich	Problem
Allokation	Öffentliche Güter
	Externe Effekte
	Natürliche Monopole
	Asymmetrische Information
Distribution	Korrektur der marktbestimmten Einkommens- und Vermögensverteilung
Stabilisierung	Hoher Beschäftigungsstand
	Preisniveaustabilität
	Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
	Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

E.I Allokation

E.I.1 Öffentliche Güter (Kollektivgüter)

„Warum hat die Calauer Kirchturmuhre zwei Ziffernblätter? Damit zwei Calauer gleichzeitig die Zeit ablesen können.“

KALAUER

Öffentliche Güter sind sich durch zwei Eigenschaften gekennzeichnet. Und zwar durch

- i. „Nichtrivalität in der Nutzung“ und
- ii. „Nichtausschließbarkeit von Nichtzahlern“.

zu i: Das heißt, dass eine zusätzliche Nutzung (z.B. durch einen weiteren Nutzer) keine zusätzlichen Kosten verursacht. Man sagt auch, solche Güter seien „grenzkostenlos mehrnutzbar“.⁶⁷ Siehe Kirchturmuhre

⁶⁷ So der von Wolfgang Stützel geprägte Ausdruck.

zu ii: Es ist nicht möglich, Personen auszuschließen, die keinen Beitrag zur Erstellung des Gutes leisten.

Unter diesen Umständen wird kein rationales Individuum freiwillig einen Beitrag zur Erstellung dieses Gutes leisten: Eine *Rationalitätenfalle* schnappt zu:

- Erwartet der Einzelne, dass das Gut bereitgestellt wird, weil genug andere dazu beitragen, ist es ihm rational es zu mitzunutzen, ohne einen Beitrag dafür zu leisten. Das bezeichnet man als „Trittbrettfahrerverhalten“ („free riding“).
- Erwartet der Einzelne, dass das Gut nicht bereitgestellt wird, weil die anderen nicht dazu beitragen, ist es für den Einzelnen sinnlos, selbst Kosten zu übernehmen, weil sein Beitrag vernachlässigbar klein wäre.

⇒ Es kommt kein Angebot Privater zustande, da für öffentliche Güter keine freiwillige Zahlungsbereitschaft besteht. Es kommt zu „Marktversagen“.

⇒ Der Staat tritt als spezialisiertes Produktionsunternehmen auf, das diejenigen Güter erzeugt, die vom Markt nicht bereitgestellt werden.

Das wichtigste Beispiel für ein öffentliches Gut ist eben die Rechtsordnung.

Weitere Beispiele: • Landesverteidigung
• Deiche
• Leuchttürme (?).

Anmerkung: Auf Grundlage der Theorie öffentlicher Güter hat sich Mancur Olson mit den Bedingungen befasst, unter denen es Gruppen mit gemeinsamen Interessen gelingt, das Trittbrettfahrerproblem zu überwinden und ihre Partialinteressen im politischen Prozess durchzusetzen. Im Lauf der Zeit gelinge es immer mehr solcher - vor allem kleiner - Gruppen, sich vorteilhafte Regulierungen zuschanzen zu lassen: mit der Folge einer immer höheren Regulierungsdichte und einer „Sklerose“ der wettbewerblichen Ordnung.⁶⁸

E.1.2 Externe Effekte

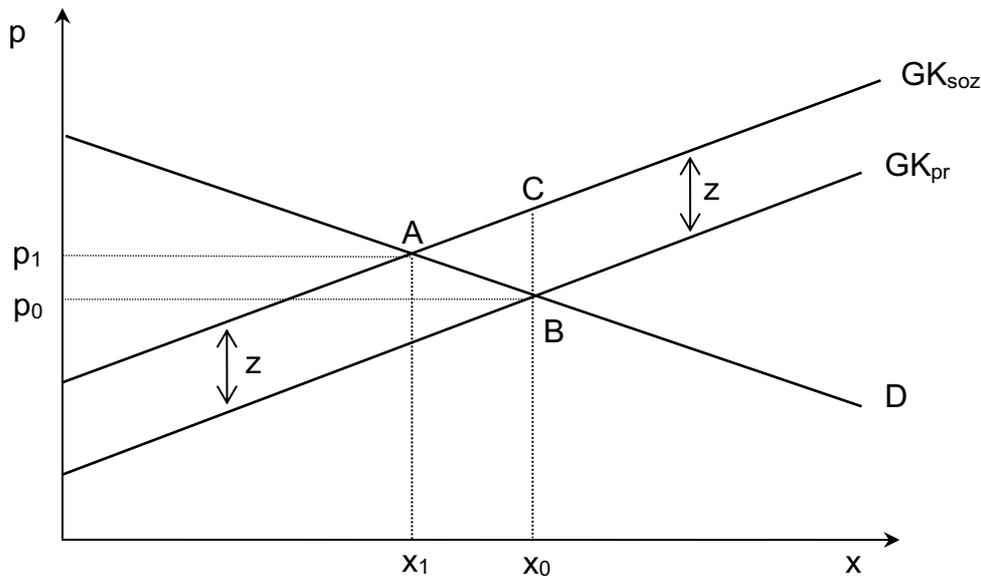
Als „extern“ bezeichnen wir Effekte, die Aktivitäten von Wirtschaftssubjekten bei Dritten auslösen und die nicht über den Preismechanismus abgegolten werden. Protobeispiel „negativer“ externer Effekte ist die Umweltbelastung: Für das rivalisierend in Anspruch zu nehmende Gut Umwelt gilt das Ausschlussprinzip nicht.

Die Produktion fast jeden Gutes verursacht volkswirtschaftlich zwei Arten von Kosten:

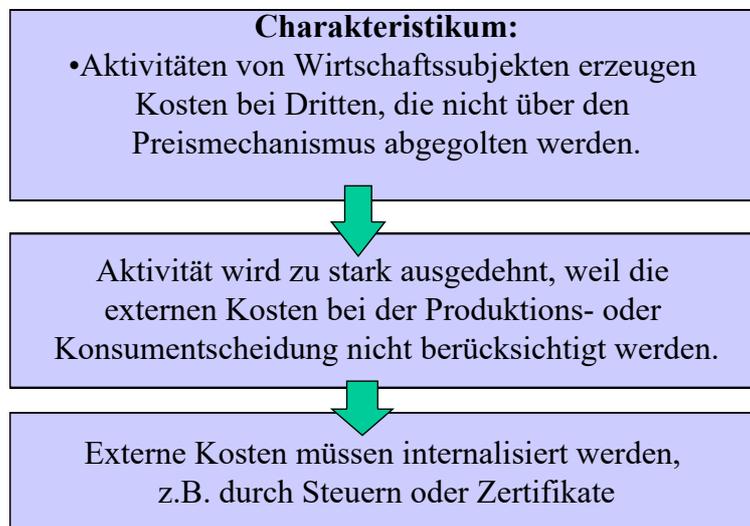
- interne Kosten: fallen innerhalb der Produktionsstätte an = „private“ Grenzkosten (GK_{pr}).
- externe Kosten: Belastungen Dritter, denen kein wirtschaftliches Entgelt entgegengesetzt wird, z.B. Lärm, Abwärme, Staub (hier gleich z).

⁶⁸ Vgl. Mancur Olson: Die Logik kollektiven Handelns, Tübingen 1992 und ders.: Aufstieg und Niedergang von Nationen, Tübingen 1991.

Die „sozialen“ (volkswirtschaftlichen) Grenzkosten (GK_{soz}) ergeben sich als Summe von „privaten“ und „externen“ Grenzkosten.



Ein Anbieter berücksichtigt bei seiner Produktionsentscheidung nur die Kosten, die er selbst zu tragen hat, das heißt die privaten Grenzkosten. Seine Produktion ist volkswirtschaftlich gesehen zu hoch (x_0), der Preis zu niedrig (p_0). Die volkswirtschaftlichen Kosten sind um das Dreieck ABC zu hoch. Volkswirtschaftlich optimal wäre eine Produktion in Höhe von x_1 (wobei der höhere Preis p_1 auch die externen Kosten beinhaltet).



Zielsetzung des Umweltschutzes ist demnach die Internalisierung externer Kosten über

- Steuern („Pigou-Steuern“, die sich nach dem „marginalen sozialen Unwert im Optimum“ richten),
- Zertifikate (handelbare Verschmutzungsrechte),
- das Haftungsrecht oder
- das Ordnungsrecht („Command and Control-Maßnahmen wie technische Vorschriften, Verbote).

Steuer unsicher: Mit welchem Steuersatz das angestrebte Umweltziel erreicht wird, ergibt sich in einem unter Umständen langwierigen Prozess (Versuch und Irrtum). Dagegen erfüllt die Zertifikatlösung das Kriterium der ökologischen Effektivität: Die Menge der Emissionen ist festgeschrieben; der Preis ergibt sich am Markt.

Maxime des Umweltrechts ist die Naturalrestitution (die bereits im BGB vorgesehen ist): Der Schädiger muss den Zustand wiederherstellen, der ohne eine Schädigung bestanden hätte = Verursacherprinzip.

Problem: Feststellung des „Verursachers“ enthält Wertkomponente

Beispiel: LKW fährt bei Nacht durchs Dorf ⇒

→ LKW = negativer externer Effekt durch Lärmbelastung für die Anwohner

→ Anwohner = negativer externer Effekt bezüglich des freien Warenverkehrs

⇒ Wertkomponente: Wer ist Verursacher?

⇒ da das Verursacherprinzip kein ökonomisches Prinzip ist, benötigt man weitere Kriterien:

- z.B.
- niedrigere Schadensvermeidungskosten
 - bessere Versicherungsmöglichkeit usw.

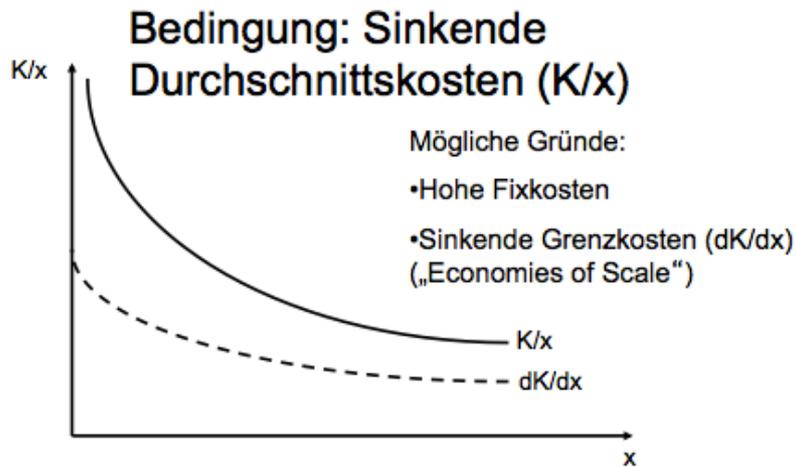
Es sind also stets geeignete Rechtsregeln zur Internalisierung von Kosten zu wählen, wobei die Möglichkeit der Internalisierung aufgrund privater Verträge beachtet werden sollte.

Umgekehrt ist die Produktion solcher Güter volkswirtschaftlich zu niedrig, die mit „positiven externen Effekten“ verbunden sind. Streng genommen sind von daher öffentliche Güter kein eigenständiger Marktversagenstatbestand. Sie lassen sich vielmehr als reine positive externe Effekte interpretieren!

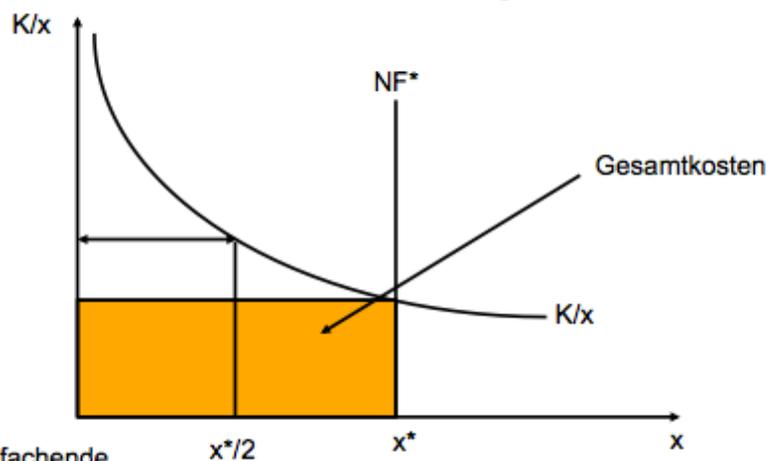
E.1.3 „Natürliche“ Monopole

In Fällen, bei denen eine Mehrzahl an Anbietern eine Verschwendung von Ressourcen darstellen würde, erfolgt eine Beschränkung auf einen Anbieter. In diesem Fall spricht man von „natürlichen“ Monopolen. Z.B. öffentliche Wasserwerke.





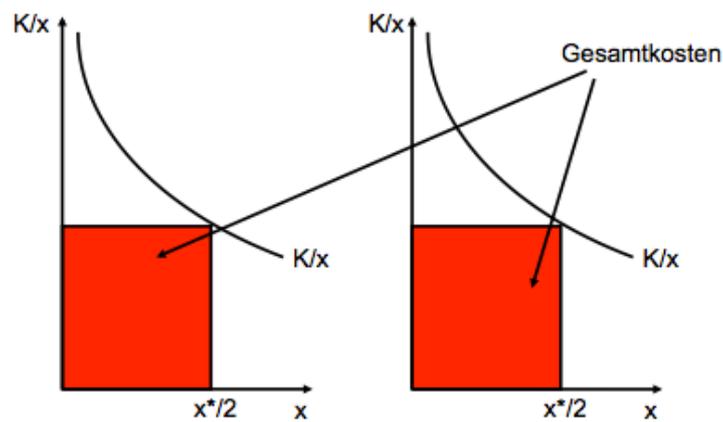
Produktion von x^* durch ein einziges Unternehmen

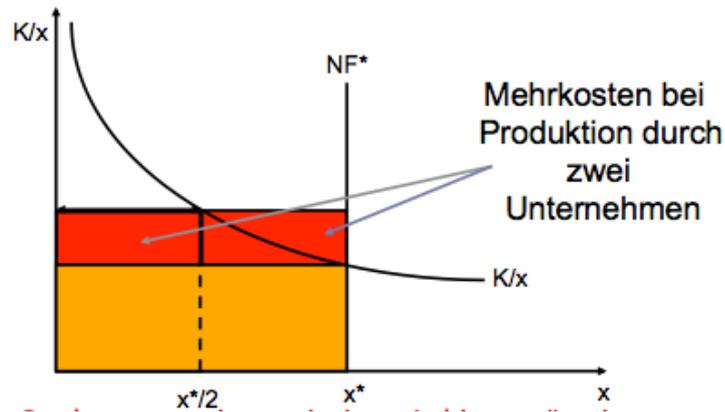


*Vereinfachende
Annahme: NF starr

E.1.3 Natürliche Monopole

Produktion von x^* durch zwei Unternehmen (jeweils $x^*/2$)





Beachte: Solche „natürlichen“ Monopole basieren nicht auf Naturgesetzen, sondern sind von dem jeweiligen Stand der Technik abhängig - ändert sich dieser, so sind auch nicht mehr zeitgemäße Monopole abzuschaffen. Beispiel: Post, Telekommunikation, Stromversorgung.

Wie bei allen Monopolen besteht (aufgrund fehlender anonymer Kontrolle durch den Wettbewerb) auch bei natürlichen Monopolen die Gefahr der Ausbeutung der Nachfrager durch den Anbieter. Eine staatliche Aufsicht ist deshalb notwendig, die oft in Form von Unternehmen der öffentlichen Hand (Staat = Eigentümer) realisiert wird.

Überblick: Zusammenhang zwischen Gütercharakteristika und Marktversagen

		Rivalität im Konsum?	
		ja	nein
Ausschluss möglich?	ja	Private Güter	Clubgüter/Mautgüter/ natürliche Monopole
	nein	Gemeingüter (insbesondere: Umweltgemeingüter)	Öffentliche Güter

E.1.4 Asymmetrische Information

Problem: Eine Marktseite hat systematisch bessere Information als die andere.

Beispiel: Gebrauchtwagenmarkt

Auto	Wert für Käufer [€]	Wert für Verkäufer [€]
1	5.000	4.000
2	4.000	3.000
3	3.000	2.400
4	2.000	1.600
5	1.000	800

- Eigentlich: lohnende Transaktionen möglich
 - Aber: Käufer kennen „wahren“ Wert nicht
 - Käufer bilden Erwartungswert über die am Markt angebotene Verteilung:
 - ⇒ sind bereit 3.000 zu zahlen
 - ⇒ Zu diesem Preis bietet Verkäufer 1 nicht mehr an: scheidet aus
 - ⇒ Erwartungswert sinkt auf 2.500
 - ⇒ zu diesem Preis bietet Verkäufer 2 nicht mehr an: scheidet aus
 - ⇒ Erwartungswert sinkt auf 2.000 ... etc.
- = „Adverse Selektion“: Nur die „schlechten“ Angebote bleiben am Markt
=> Markt bricht zusammen⁶⁹

Lösungsmöglichkeiten:

- ⇒ Staatliche Mindeststandards
- ⇒ Signaling: Marktseite mit Informationsvorteil wird aktiv
 - Zertifizierung
 - Gewährleistung
- ⇒ Screening: Markt für Information bildet sich
 - Testzeitschriften, Gutachterwesen, Garantien

Weiteres Problem bei asymmetrischer Information: „Moral Hazard“ („moralisches Risiko“)

- ⇒ Def.: „Wenn sich mein Vertragspartner so verhält, wie ich es von ihm befürchten muss“ (Olaf Sievert)
- ⇒ Bsp.: Versicherungen („Vollkaskotalität“), Arbeitsverträge,
- ⇒ Vorkehrungen: Versicherungspflicht, Selbstbehalt, sonstige vertragliche Vorkehrungen

⁶⁹ Lit.: George Akerlof: The Market for Lemons

E.II Distribution

„Die erste Million ist die schwerste“
MILLIONÄRSWEISHEIT

Am Markt erhält jeder für sein Tun, was die Ergebnisse dieses Tuns anderen Menschen wert sind. Das ist unter Umständen nicht viel, manchmal sogar gar nichts. Will man nicht in Kauf nehmen, dass dergestalt Benachteiligte verhungern, muss man in die marktbestimmte Einkommensverteilung eingreifen. Frage: Wie weit dürfen solche Eingriffe gehen?

E.II.1 Das zu verteilende Volkseinkommen: volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: rückblickende Betrachtung des wirtschaftlichen Geschehens

Drei Berechnungsformen:

- ⇒ **Entstehungsrechnung** (Angebot): Produktion von Gütern und Dienstleistungen
- ⇒ **Verwendungsrechnung** (Nachfragekomponenten)
- ⇒ **Verteilungsrechnung** (Aufteilung der Einkommen): Arbeitnehmerentgelte, Unternehmens- und Vermögensein

1. Entstehungsrechnung:	
	Verkäufe von Waren und Dienstleistungen (aus eigener Produktion sowie von Handelsware)
+	Wert der Bestandsveränderungen an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion
+	Wert der selbsterstellten Anlagen
=	Produktionswert
-	Vorleistungen
=	Bruttowertschöpfung („zu Faktorkosten“)
+	Gütersteuern
-	Gütersubventionen
=	Bruttoinlandsprodukt („zu Marktpreisen“)
2. Verwendungsrechnung	
	Konsumausgaben (Private Konsumausgaben, Konsumausgaben des Staates)
+	Bruttoinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen, Vorratsveränderung)
+	Außenbeitrag (Exporte – Importe)
=	Bruttoinlandsprodukt

3. Verteilungsrechnung	
	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Primäreinkommen = - im Inland von Ausländern erwirtschaftetes Einkommen + im Ausland von Inländern erwirtschaftetes Einkommen
=	Bruttonationaleinkommen
-	Abschreibungen (Ersatz für Verschleiß von Realkapital)
=	Nettonationaleinkommen
-	Produktions- und Importabgaben an den Staat
+	Subventionen vom Staat
=	Volkseinkommen
-	Arbeitnehmerentgelte
=	Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Beachte:

- Das Statistische Bundesamt berechnet das Bruttoinlandsprodukt gleichberechtigt von der Entstehungs- und Verwendungsseite. Eine eigenständige Berechnung von der Verteilungsseite ist wegen Erhebungsproblemen nicht möglich: Das Unternehmens- und Vermögenseinkommen ergibt sich als Restgröße (in die alle vorherigen Messfehler eingehen).
- Einkommens- und Produktionsgrößen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind nur bedingt als Wohlfahrtsmaße geeignet:

Die (personale) Verteilung wird ausgeblendet.

Öffentliche Güter

- sind zu Herstellungskosten bewertet („wird schon wert sein, was es kostet“).
- sind teils Vorleistungen in privater Produktion.

Erfasst werden nur am Markt erbrachte Leistungen (allerdings mit pauschaler Berücksichtigung schattenwirtschaftlicher/illegaler Aktivitäten)

Der Wert der Freizeit wird nicht erfasst.

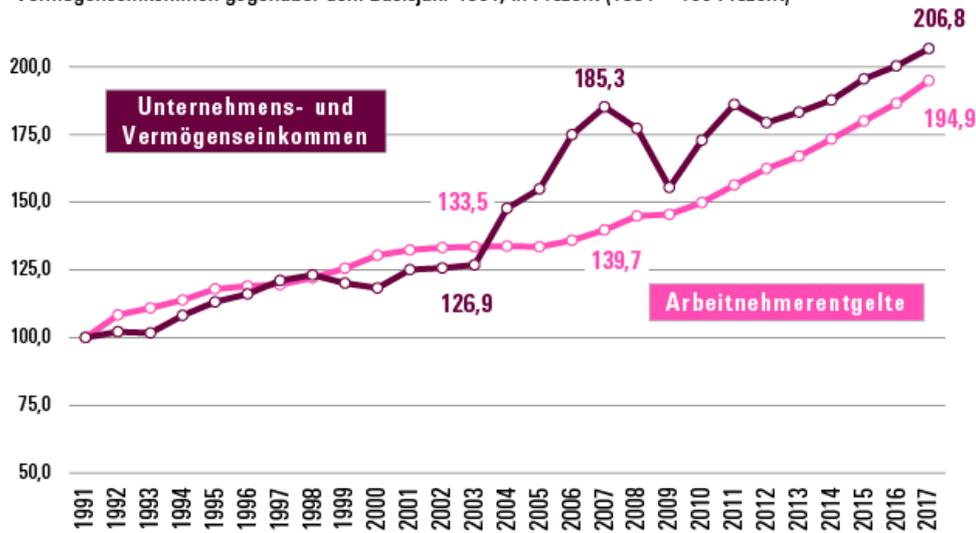
Umweltschäden („soziale Zusatzkosten“) werden nicht erfasst.

Ressourcenverbrauch wird nicht berücksichtigt.

Nichtökonomischen Größen (Freiheit, Gerechtigkeit, ...) werden nicht erfasst.

Arbeitnehmerentgelte und Gewinneinkommen in Deutschland, 1991–2017

Veränderung der Arbeitnehmerentgelte und Unternehmens- bzw. Vermögenseinkommen gegenüber dem Basisjahr 1991, in Prozent (1991 = 100 Prozent)



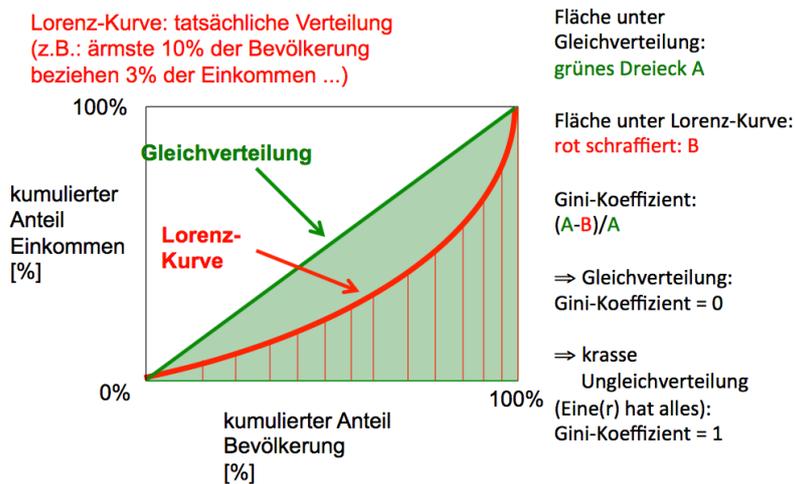
Daten: Mikrozensus
Quelle: www.destatis.de

WSI

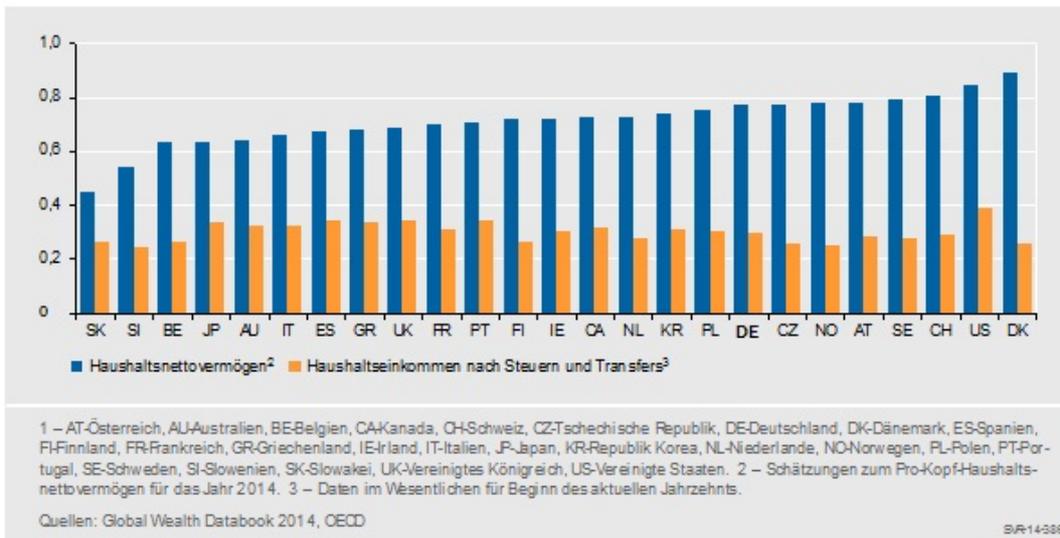
Unterscheidung: funktionelle/personelle Einkommensverteilung.

Messung der Ungleichheit: Lorenz-Kurve, Gini-Koeffizient. Beachte: Zeitpunktbezogene Betrachtungen der Einkommensungleichheit sind unter Umständen irreführend (→Lebenszyklus). Indikatoren zur „relativen Armut“ fragwürdig.

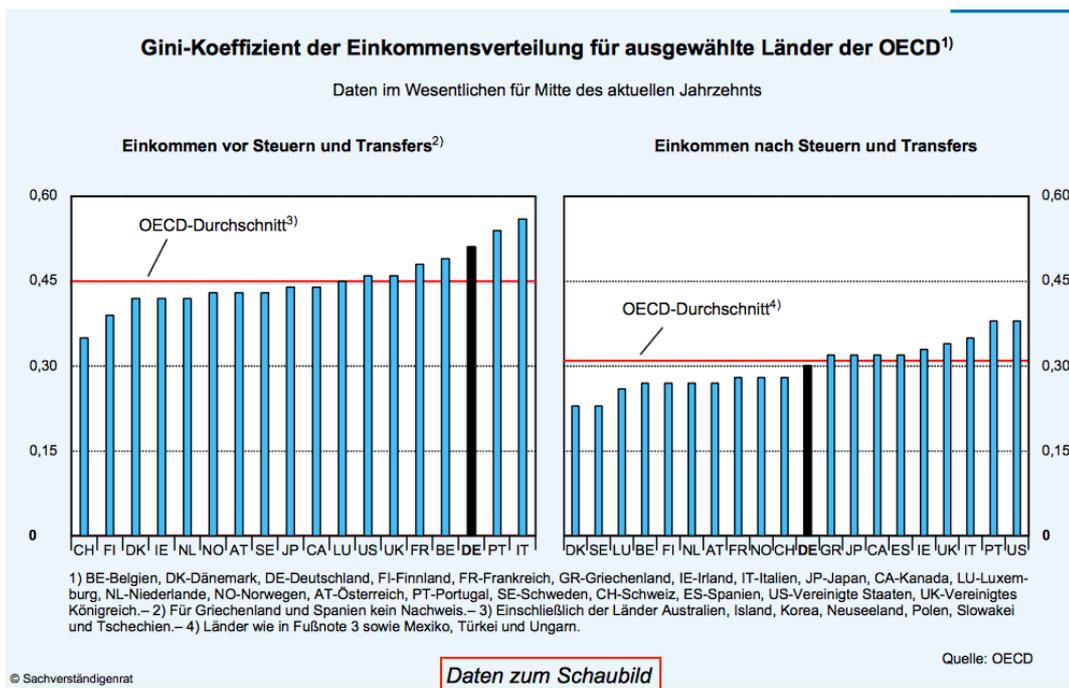
Verteilungsmaß: Gini-Koeffizient



Gini-Koeffizienten der Vermögens- und Einkommensverteilung¹



Quelle: Sachverständigenrat Jahresgutachten 2014/15



Quelle: Sachverständigenrat

E.II.3 Umverteilung: Grundsätze

Zwei „klassische“ Argumente:

- „Okun’s Bucket“⁷⁰: Jede Umverteilung verursacht Effizienzeinbußen. Sie entspricht dem Versuch, Wasser im Eimer von einer Gruppe zur anderen zu tragen. Nur: Der Eimer hat ein Loch ...
- „Fairness“ nach John Rawls: Umverteilungsmaßnahmen sind gerechtfertigt, wenn ihnen der Einzelne unter dem „Schleier der Unwissenheit“ („veil of ignorance“) zustimmen kann, das heißt: in einem hypothetischen Zustand, in dem er seine Position in der Gesellschaft nicht kennt; er also nicht weiß, ob er tatsächlich arm oder reich ist: ob er zu den Zahlern oder den Empfängern gehört. Unterstellt man „Risikoaversion“, wird der Einzelne für Umverteilung (quasi als Versicherungsarrangement) votieren.

Wichtig: Besonders teuer ist Umverteilung, wenn sie über Eingriffe in die Preisbildung erfolgt.⁷¹ Intuitive Erklärung: Wer ein Gut verbilligt, verbilligt es für den Bettler genauso wie für den Millionär (Mitnahmeeffekte).

Grundsätze marktwirtschaftliche Sozialpolitik

- ⇒ Subsidiarität
- ⇒ Hilfe zur Selbsthilfe
- ⇒ Versicherungspflicht gegen typische Risiken (Sozialversicherung)
- ⇒ Reformbedarf: Umlageverfahren in Rentenversicherung, Krankenversicherung und Pflegeversicherung stößt an Grenzen

⁷⁰ Arthur Okun: (britischer) Ökonom. Bucket: Eimer. Alles klar?

⁷¹ Das wird später in der Mikroökonomik demonstriert.

E.III. Makroökonomische Stabilisierung

Begründer der Makroökonomik und damit der modernen Stabilisierungspolitik ist John Maynard Keynes, der in seiner „General Theory of Employment, Interest and Money“ (1936) die Möglichkeit anhaltenden makroökonomischen Koordinationsversagens - eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts - theoretisch herzuleiten versuchte. Verantwortlich für Konjunkturschwankungen – wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 – sind Keynes zufolge Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen „effektiven Nachfrage“.

Zentral dafür ist die Rolle unsicherer Erwartungen - gerade auf Vermögenmärkten -, die kumulative einkommensbeschränkende Prozesse auslösen können: Es kommt zum Marktversagen. Zwar bezweifelt auch Keynes nicht, dass Marktmechanismen am Ende für Vollbeschäftigung sorgen werden - auf lange Sicht. Aber, so Keynes' Erkenntnis: Auf lange Sicht sind wir alle tot.⁷² In der Zwischenzeit, so die Botschaft, sei der Staat aufgerufen zu handeln.

Der Staat ist danach gehalten und in der Lage, Schwankungen der „effektiven Nachfrage“ zu bekämpfen und damit Arbeitslosigkeit und Überhitzungserscheinungen wie Preissteigerungen zu bekämpfen. Seine Aufgabe ist es - salopp gesprochen -, bei einem drohenden Abschwung Nachfrage im Kreislauf aufzufüllen, aber auch im Falle der drohenden Überhitzung Nachfrage abzuschöpfen („Demand Management“, „Globalsteuerung“).

E.III.1 Nachfragepessimismus versus Vertrauen auf das Saysche Gesetz

Nach „keynesianischer“ Auffassung liegen wie gesagt die Ursachen für konjunkturelle Probleme in Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen effektiven Nachfrage, die (unter anderem) von Multiplikatorprozessen verstärkt werden (siehe unten).



Abbildung 1: Jean Baptiste Say (1767-1832)

Dagegen verweisen Optimisten auf die Geltung des Sayschen Gesetzes, das da lautet: Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage selbst. Gemeint ist: Wenn Menschen produzieren, entsteht zugleich Einkommen, das heißt es entstehen Ansprüche auf das Produzierte, aus denen sich die Nachfrage speist.

Aus dieser Sicht kann auch keine Rede davon sein, dass das gesamtwirtschaftliche Angebot ständig der Nachfrage davonliefe, und dass der Staat aus solchen Gründen aufgerufen wäre, permanent Nachfrage „in den Kreislauf zu pumpen“. Eine Verstopfung einzelner Absatzwege wegen zu hoch eingeschätzter Nachfrage - eine falsche Produkti-

onsstruktur – mag immer wieder vorkommen. Solche Diskrepanzen werden aber bereinigt durch marktwirtschaftliche Mechanismen, d.h. eine Veränderung der relativen Preise: der Güterpreise, der Löhne und der Zinsen.

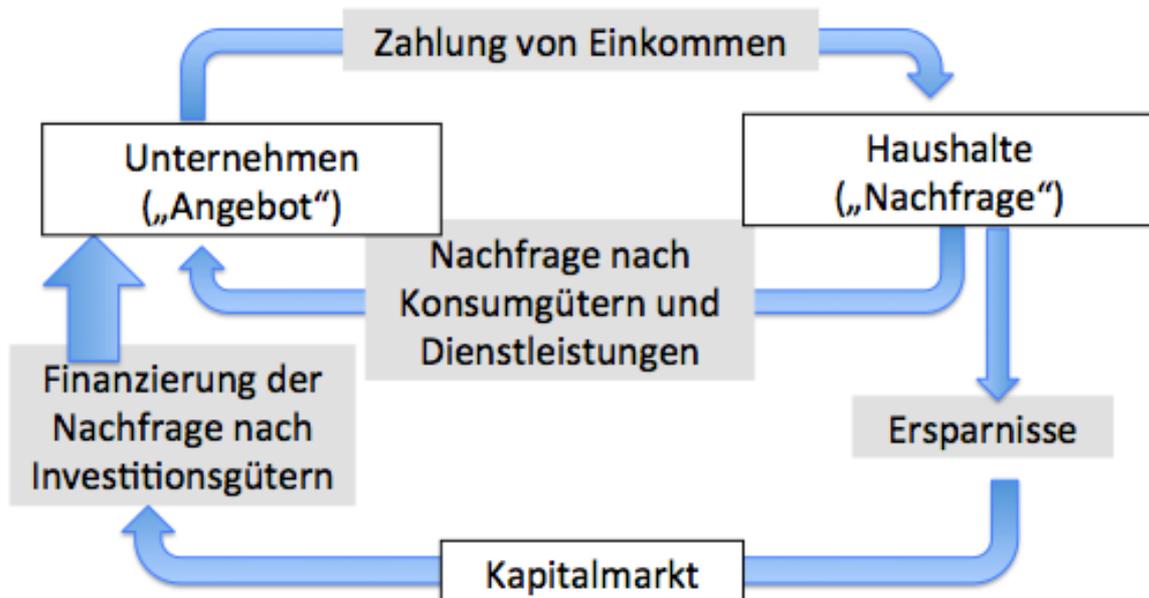
Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte einer Wettbewerbswirtschaft ist im Allgemeinen begründet: „Asymmetrische Nachfrageschocks“ (die einzelne Sektoren betreffen) können zu einem Rückgang der Beschäftigung in den betroffenen Sektoren, aber gleichzeitig zu mehr Investitionen und mehr Beschäftigung in anderen Sektoren - vorausgesetzt, dass sich die Preise und Löhne an die veränderten Marktlagen anpassen können.⁷³

⁷² „In the long run we are all dead.“

⁷³ Mancur Olson macht die zunehmende Zahl vom Staat und/oder von Interessengruppen festgelegter (administrativer) Preise für die schwindende Selbstheilungskraft der Industrieländer verantwortlich. Vgl. ders.:

Auch aus einem Rückgang der privaten Konsumnachfrage im Ganzen folgt nicht zwingend eine „Gleichgewichtsstörung“. Wenn die Bereitschaft, Geld für den sofortigen Konsum auszugeben sinkt ($C \downarrow$), heißt das erst einmal, dass Menschen vermehrt sparen ($S \uparrow$). Als Folge einer vermehrten Ersparnis sinken die Zinsen. Das ist ein Signal für die Unternehmen, dass es sich lohnt längere „Produktionsumwege“ einzuschlagen, die nun ergiebiger sind; d.h. es lohnt zu investieren ($I \uparrow$). Eine Periode geringerer Zinsen bedeutet eine günstige Gelegenheit, künftige Produktion vorzubereiten). Es gilt das Saysche Gesetz.

Saysches Theorem: Kreislaufvorstellung



Entscheidende Stelle: Ersparnis = Investitionen: $S = I$

Die ernstzunehmenden Einwände kommen aus einer anderen Ecke: der Vernachlässigung der Unsicherheit der Zukunft. Das ist der eigentliche Kern von Keynes' ursprünglicher Theorie: In einer arbeitsteiligen Wirtschaft, in einer Geldwirtschaft zumal, in der Menschen in Unsicherheit handeln, kann es durch Mangel an Zukunftsvertrauen zu mehr als nur vorübergehendem Koordinationsversagen kommen. Störungen auf den Gütermärkten, vor allem aber den Vermögenmärkten ("geplatzte Blasen") können zu „sich selbst verstärkenden einkommensbeschränkenden Prozessen“⁷⁴ führen.

Aufstieg und Niedergang von Nationen, Tübingen 1991 (Kapitel 7).

⁷⁴ Sievert a.a.O. (2003), S. 7.



Abbildung 2: John Maynard Keynes (1883-1946)

Keynes' Anliegen war es zu zeigen, dass es solche Ausnahmesituationen gibt, in denen die Selbstheilungskräfte versagen: Als Reflex einer gesunkenen Investitionsbereitschaft mag der Zins sinken. Der gesunkene Zins muss jedoch nicht stets Signal für die Menschen sein, ihre Konsumausgaben zu erhöhen bzw. in anderen Sektoren zu investieren: Menschen halten dann lieber Geld in der Kasse,⁷⁵ weil sie das Sinken des Zinses als bloß vorübergehend empfinden und nicht bereit sind, es zu diesem Niveau langfristig anzulegen. Damit steht das Geld nicht für Investitionen in Realkapital zur Verfügung; es verschwindet bildlich gesprochen in der „Liquiditätsfalle“. Das Say'sche Gesetz ist außer Kraft. Konsumenten konsumieren nicht, Investoren investieren nicht.⁷⁶

E.III.2 Das einfache keynesianische Modell

Aus Keynes' Vorstellungen haben seine Schüler (vor allem: John Hicks) ein einfaches makroökonomisches Modell entwickelt.

In der Makroökonomie werden gleichartige Entscheidungsergebnisse (→ Wirtschaftssubjekte) zusammengefasst („aggregiert“). Die wichtigsten „Aggregate“ sind:

- **C:** gesamtwirtschaftliche Nachfrage an Konsumgütern (Haushalte)
 - **I:** gesamtwirtschaftliche Nachfrage an Investitionsgütern (Unternehmen)
 - **G:** Ausgaben des Staates (Konsum von Gütern und Dienstleistungen der Gesamtheit der Gebietskörperschaften)
 - **Ex:** Export
 - **Im:** Import
- } (Ex - Im) = Außenbeitrag

In der „Verwendungsrechnung des Sozialproduktes“ ergibt sich:

$$(1) Y^D = C + I + A^{ST} + (Ex - Im)$$

Im einfachsten Fall nimmt man an, dass der private Konsum aus autonomen Ausgaben (C_0) und einkommensabhängigen Ausgaben (cY) besteht: Die Variable c nennt man die „marginale Konsumquote“.

$$(2) C = C_0 + cY$$

(2) in (1) ergibt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage als

$$(3) Y^D = C_0 + cY + I + G + (Ex - Im)$$

Im „Gleichgewicht“ muss diese effektive Nachfrage Y^D der Produktion Y entsprechen.

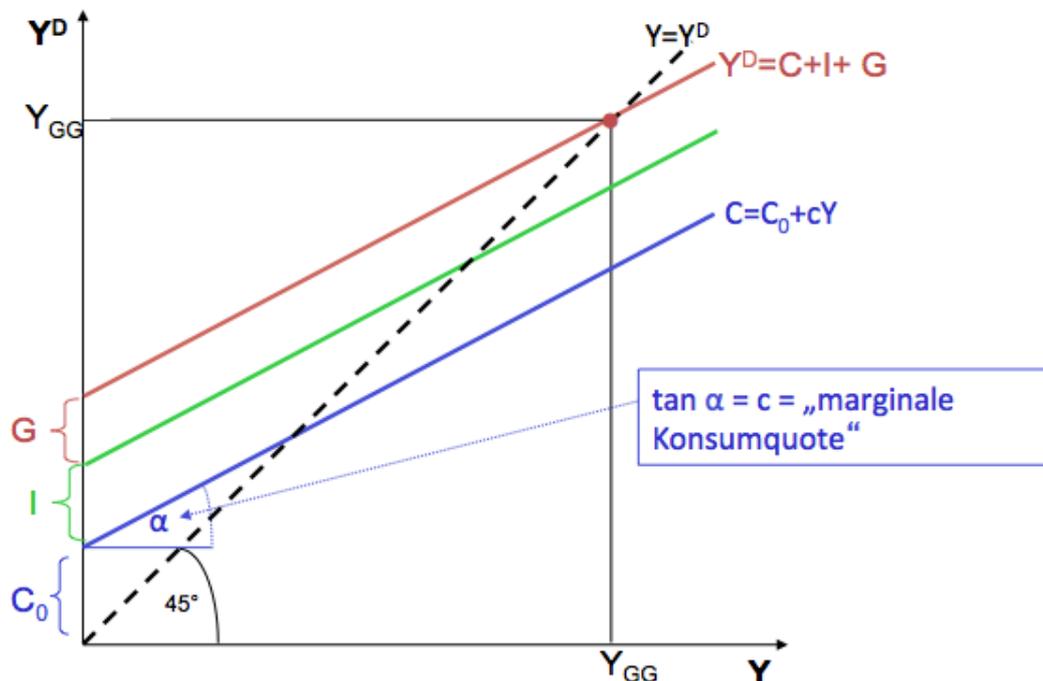
Es muss gelten

$$(4) Y^D = Y.$$

⁷⁵ Der erwartete Nutzen aus Kassenhaltung ist größer als der Ertrag aus der Verleihung.

⁷⁶ Die Investitionsnachfrage ist zinsunelastisch („Investitionsfalle“).

In der Graphik unten ist die Situation mit den Achsen Y^D und Y muss das „Gleichgewichtseinkommen“ also auf der 45°-Linie liegen.



Schwankungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage lösen Schwankungen in der Produktion und damit der Beschäftigung aus („Konjunkturschwankungen“). Die „Schocks“ werden von „**Multiplikatoreffekten**“ verstärkt:

Aus (4) in (3) folgt

$$(5) Y(1-c) = C_0 + I + G + (Ex - Im)$$

$$(6) Y = [C_0 + I + G + (Ex - Im)] / (1-c)$$

Die Ableitung nach den Investitionen I ergibt den „**Investitionsmultiplikator**“

$$dY/dI = 1/(1-c) > 1.$$

Die Ableitung nach den Staatsausgaben ergibt den „**Staatsausgabenmultiplikator**“:

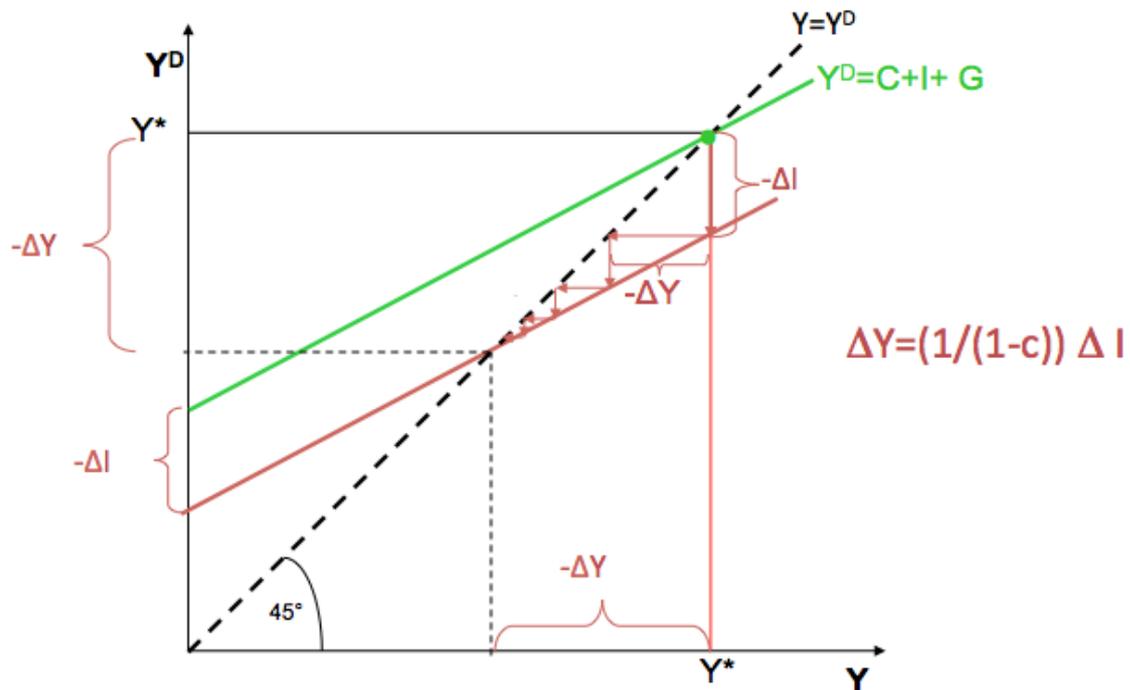
$$dY/dG = 1/(1-c) > 1.$$

Analog errechnen sich Multiplikatoren für den autonomen Konsum und den Außenbeitrag.

Eine Erhöhung der Nachfrage (z.B. um ΔI) sorgt für zusätzliche Produktion und zusätzliches Einkommen (um ΔY). Wegen des gestiegenen Einkommens steigt die Nachfrage (um $\Delta C = c\Delta Y$), was wiederum zur Steigerung der Produktion und des Einkommens führt.

Diese Multiplikatorwirkung gilt allerdings im Guten wie im Schlechten: Das heißt zum Beispiel (in der Abbildung unten): In der Ausgangslage herrsche Vollbeschäftigung beim Volkseinkommen Y^* . Ein Schock – wie eine Verminderung der Investitionen um $-\Delta I$ – führt zu einer Verminderung des Volkseinkommens ΔY , die größer ausfällt als die ursprüngliche Verminderung der Investitionen selbst. Das gleiche gilt für Staatsausgaben, Konsum und Außenbeitrag.

Kontraktiver Impuls (Nachfrageschock: $-\Delta I$)



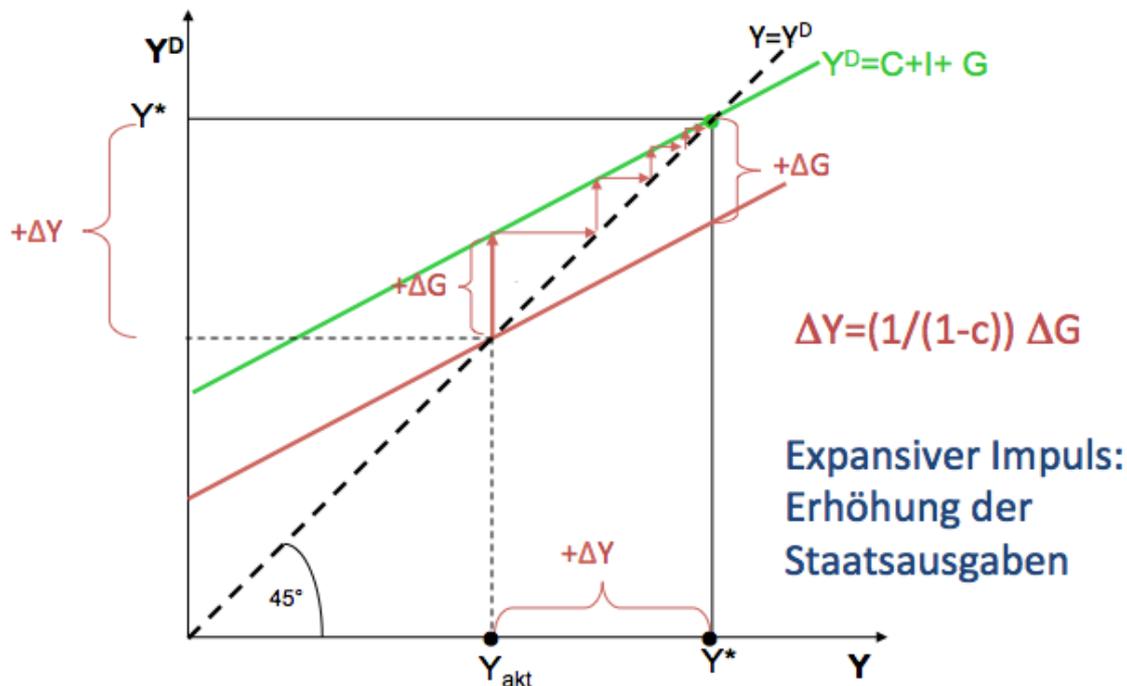
Das Einkommen sinkt damit unter das ursprünglich herrschende Vollbeschäftigungseinkommen; es herrscht konjunkturelle, also unfreiwillige Arbeitslosigkeit.

Fazit: Es gibt sehr wohl keynesianische Probleme: Probleme des Mangels an Zukunftsvertrauen der Privaten. „Die Ratio der Nachfragepolitik ist es (dann), das größere Zukunftsvertrauen des Staates, manifest werdend in dessen Bereitschaft, sich zu verschulden, auf die Privaten zu übertragen.“⁷⁷

In der Abbildung unten ist eine solche Erhöhung der Staatsausgaben dargestellt. Die Verheißung: Mittels vergleichsweise geringer Variation der Staatsausgaben lassen sich Nachfrageausfälle kompensieren und lässt sich das Vollbeschäftigungseinkommen erreichen.

⁷⁷ Sievert 1978, S. 817.

Fiskalpolitik in Aktion



E.III.3 Das „magische Viereck“

Der Auftrag zur Stabilisierungspolitik findet sich in Deutschland im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“. Dessen §1 besagt:

„Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“.

Das Gesetz stammt aus dem Jahr 1967. Zu dieser Zeit war die herrschende wirtschaftspolitische Sicht „nachfrageseitig“ – eben „keynesianisch“⁷⁸ - geprägt: Für Schwankungen der Produktion und damit der Beschäftigung („Konjunkturschwankungen“) sind aus dieser Sicht Schwankungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verantwortlich. „Expansive“, aber auch „kontraktive“ Impulse werden von „Multiplikatoreffekten“ verstärkt.

Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

Die potentiell mögliche Produktion, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das bei Normalauslastung der vorhandenen Produktionsfaktoren zu erwirtschaften wäre bezeichnet man als

⁷⁸ Das hier vorgestellte, von Keynes' Anhängern (u.a. Alvin Hansen und John Hicks) entwickelte „45°-Modell“ ist eigentlich eine grobe Vereinfachung seiner Überlegungen. Das Buch selbst ist im englischen Original schwer (aber lohnend) zu lesen; die deutsche Übersetzung ist schlicht ungenießbar.

Produktionspotential (PP). Konjunkturschwankungen sind damit Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials.

Wenn wir Wachstumsraten mit dem Symbol „•“ bezeichnen, gilt:

- im Aufschwung: $\overset{\bullet}{BIP} > \overset{\bullet}{PP}$ (BIP wächst rascher als PP);
- im Abschwung: $\overset{\bullet}{BIP} < \overset{\bullet}{PP}$ (BIP wächst langsamer als PP).

Unter „Wirtschaftswachstum“ versteht man das Wachstum des Produktionspotentials. Es entspricht dem - langfristigen - Wachstumstrend des Bruttoinlandsprodukts.

Daraus ergibt sich eine einfache **Aufgabenteilung**:

- Aufgabe der **Konjunkturpolitik** ist es, den Auslastungsgrad des Produktionspotentials mit Hilfe finanz- und geldpolitischer Instrumente zu verstetigen.
- Aufgabe der **Wachstumspolitik** ist es, für ein „angemessenes“ Wachstum des Produktionspotentials zu sorgen (oft missverstanden als Auftrag zur Investitionslenkung und Industriepolitik...).

„Angebotsseitige“ Kritik am Konzept⁷⁹

- Das Grundmodell ist von trügerischer Schlichtheit (Konsum hängt nur vom aktuellen Einkommen ab: $C = C(Y)$, starre Investitionsnachfrage). Insbesondere kann gesamtwirtschaftliche Nachfrage normalerweise nicht einfach versickern; es gilt vielmehr das „Saysche Gesetz“: „Das Angebot schafft sich seine Nachfrage“. Flexible Güterpreise, Löhne und Zinsen sorgen in einer funktionierenden Marktwirtschaft für die Absorption von Schocks.
- Das für die permanente Steuerung der Konjunktur durch den Staat nötige Wissen ist nicht vorhanden und auch prinzipiell nicht erlangbar⁸⁰. Unvermeidliche Fehler bei Timing und Dosierung der Maßnahmen (Diagnose-Lag, Entscheidungs-Lag, Wirkungs-Lag) führen unter Umständen zur Verstärkung statt zur Dämpfung der konjunkturellen Schwankungen.
- Auch wenn es keynesianische Probleme - Probleme des Mangels an Zukunftsvertrauen - gibt: Ständiger Gebrauch nutzt die Instrumente der Nachfragesteuerung ab; sie schafft dann mehr Probleme als sie löst (Staatsverschuldung, Inflation, Preis- und Lohnstarrheiten).
- Antizyklisches Verhalten ist politisch nicht umzusetzen, bzw. nur der angenehme Teil davon. Die Rückführung von Staatsausgaben/Erhöhung von Steuern ist auch in Boomzeiten nicht durchsetzbar. Resultat: Wachsende Staatsverschuldung, das bedeutet zum einen eine Einengung künftiger Ausgabenspielräume durch steigende Zinslastquote, zum anderen verdrängt der Staat verdrängt durch seine Kapitalnachfrage private Investitionen (crowding out).

⁷⁹ Zu den Erfahrungen mit der Nachfragesteuerung in Deutschland vgl. die Rede des langjährigen Vorsitzenden des Sachverständigenrats Olaf Sievert: Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik, (http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/40jahre/rede_sievert.pdf).

⁸⁰ Friedrich August von Hayek: Die Anmaßung von Wissen, wiederabgedruckt im gleichnamigen Sammelband, Tübingen 1996, Original: The Pretence of Knowledge, Nobel Prize Lecture 1974, <http://www.nobel.se/economics/laureates/1974/hayek-lecture.html>.

- In einer offenen Volkswirtschaft „versickern“ zusätzliche Ausgaben der privaten zu einem großen Teil in Form von erhöhter Exportnachfrage.
- Je höher die Verschuldung, desto größer wird die Versuchung, sie auf dem Wege der Inflation zu entwerten. In Erwartung dessen verlangen die Kapitalanleger einen Inflationsausgleich plus eine Risikoprämie im Zins: Es resultieren höhere Realzinsen. Deren konjunkturdämpfende Wirkung erhöht wiederum die Gefahr, dass Geldpolitiker schwach werden = Teufelskreis.
- Expansive Geldpolitik wird ihrerseits wirkungslos, weil Menschen wegen vergangener Inflationsrunden ihre Erwartungen anpassen. Nur noch eine überraschende Steigerung der Inflation zeigt reale Wirkung: Will man ein ständiges Aufschaukeln der Inflation verhindern, muss man früher oder später ein geldpolitisches und/oder finanzpolitisches Bremsmanöver einleiten, das heißt eine "Stabilisierungskrise" in Kauf nehmen. Ergebnis: Selbst bei keynesianischen Problemen helfen keine keynesianischen Rezepte mehr.
- Das Konzept der Nachfragesteuerung liefert einen Vorwand zur Ausweitung von Staatsausgaben auf Pump – und damit auf Kosten künftiger Generationen.
- Was ist „angemessenes“ Wachstum? Aus marktwirtschaftlicher Sicht resultiert Wachstum, wenn Menschen etwas besser machen als zuvor. Der Staat hat die institutionellen Rahmenbedingungen zu sichern, unter denen Individuen ihre selbstgesteckten Ziele verwirklichen. Was dabei an Wachstum herauskommt, hat er hinzunehmen.
- Die Ursache unserer wirtschaftlichen Probleme liegt nicht in einem Mangel an Nachfrage, sondern in untauglichen institutionellen Rahmenbedingungen und Regulierungen, die die strukturelle Anpassung an veränderte weltwirtschaftliche Knappheitsverhältnisse behindern.

Der Charme der Nachfragepolitik liegt darin, dass sie anscheinend bloß Geschenke zu verteilen hat. Es hat sich aber gezeigt, dass diese Geschenke von irgend jemand bezahlt sein wollen. Der Staat muss darauf hoffen, dass diejenigen, die heute oder künftig belastet werden, dies - vorläufig - nicht merken oder jedenfalls geringere negative Reaktionen zeigen als die Begünstigten positive; kurz: Der Staat muss irgendeine Art von Illusion ausnutzen. Das kann nicht auf Dauer gutgehen. Der Einwand lautet auf einen Nenner gebracht: Keynesianische Politik vernachlässigt, dass Menschen lernen⁸¹.

Das Konzept der mittelfristig orientierten Stabilitätspolitik, flankiert durch angebotsorientierte Politik ("Angebotspolitik")

Die Basis: Bei guter wirtschaftlicher Dynamik und Flexibilität reichen die Selbstheilungskräfte des Marktsystems aus, gravierende und anhaltende gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte zu verhindern. Eben diese Selbstheilungskräfte gilt es zu stärken: Das heißt die Flexibilität von Löhnen und Preisen, die Bereitschaft zu arbeiten, zu sparen, zu investieren und damit Risiken zu übernehmen

Geldpolitik:

Geldmengenanstieg orientiert am Wachstum des Produktionspotentials (in der Praxis: plus "unvermeidlichem" Preisanstieg).

⁸¹ „Problem der Zeitinkonsistenz“.

Finanzpolitik:

Expansion der Ausgaben gemäß dem Wachstum des Produktionspotentials bei Beibehaltung einer konstanten Steuerquote. Impliziert: Normalverschuldung gemäß Wachstum des Produktionspotentials.

Wachstumspolitik:

Beseitigung von Hindernissen zu arbeiten, zu sparen und zu investieren. Durchforstung nach überflüssigen Regulierungen (Deregulierung). Wachstumsfreundliches Steuersystem: Senkung der Steuerlast auf Ersparnis/Investitionen (d.h. Beseitigung von deren Diskriminierung). Nicht zuletzt: Scharfhalten des Wettbewerbs durch offene Märkte.

Beachte:

- Angebotsorientierung bedeutet nicht, die Möglichkeit des Koordinationsversagens zu leugnen oder zu behaupten, dass man nichts gegen ein solches Versagen tun kann. Aber: Durch ständigen Gebrauch werden die nachfragepolitischen Instrumente abgenutzt. Und eben für den Fall, dass es einmal knüppeldick kommt, sollte der Staat sein Pulver trocken halten.
- Eine ansonsten dynamische Marktwirtschaft vermag Schocks leichter zu verarbeiten. Von daher ist eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik auf Dauer die beste Konjunkturpolitik.

Stabilität des Preisniveaus

Der Auftrag des Stabilitätsgesetzes umfasst die Vermeidung von Inflation. Nach der „Quantitätstheorie“ ist Inflation letztendlich die Folge einer zu starken Aufblähung der Geldmenge. Die Quantitätsgleichung besagt:

$$M \cdot U = P \cdot Y,$$

wobei M = Geldmenge, v= Umlaufgeschwindigkeit, p = Preisniveau, Y = Transaktionsvolumen (Volkseinkommen, Produktion).

Für die (prozentualen) Veränderungsraten (mit \cdot bezeichnet) gilt somit (näherungsweise):

$$\cdot M + \cdot U = \cdot P + \cdot Y$$

Diese Gleichungen sind in jeder betrachteten Periode („ex post“) erfüllt. Aus ihnen wird eine brauchbare Hypothese erst durch die Erfahrung, dass die Umlaufgeschwindigkeit relativ stabil ist: dass sich die Kassenhaltungsgewohnheiten nicht sprunghaft ändern.

Wenn nämlich die Veränderungsrate der Umlaufgeschwindigkeit

$$\cdot U = 0$$

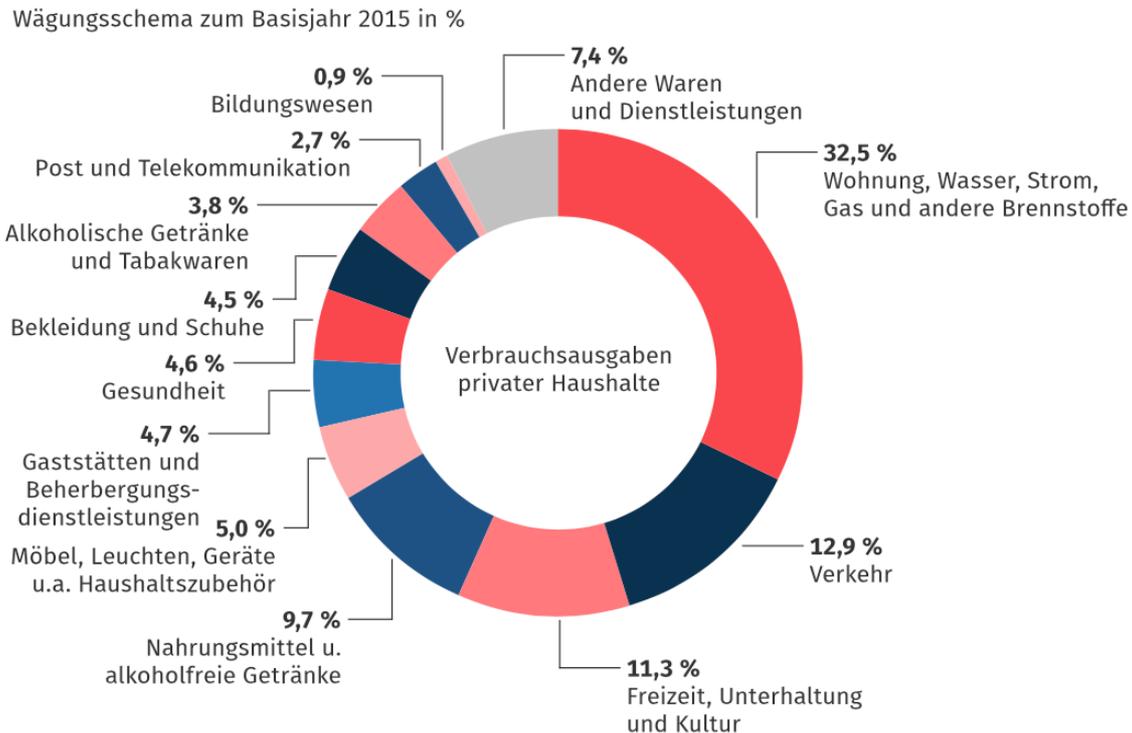
ist, gilt:

$$\cdot P = \cdot M - \cdot Y.$$

Das heißt: Das Preisniveau bleibt stabil, wenn die Geldmenge – mittelfristig – mit der gleichen Rate wächst wie das Produktionspotential. Dies ist Grundlage der „potentialorientierten Geldmengensteuerung“, wie sie die deutsche Bundesbank verfolgte.

Unter „der“ Inflationsrate versteht man den Anstieg des „Verbraucherpreisindex“: des Index der Ausgaben privater Haushalte für einen repräsentativen Güterkorb.^{82,83} Daneben wird eine Vielzahl spezieller Preisindices erhoben, so z.B. Indices der Produzentenpreise, für verschiedene Sektoren, für Haushaltstypen und Gütergruppen, für Ausfuhrpreise und Einfuhrpreise.

Messung von Inflation: Der Warenkorb 2015 [Anteile in %]



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

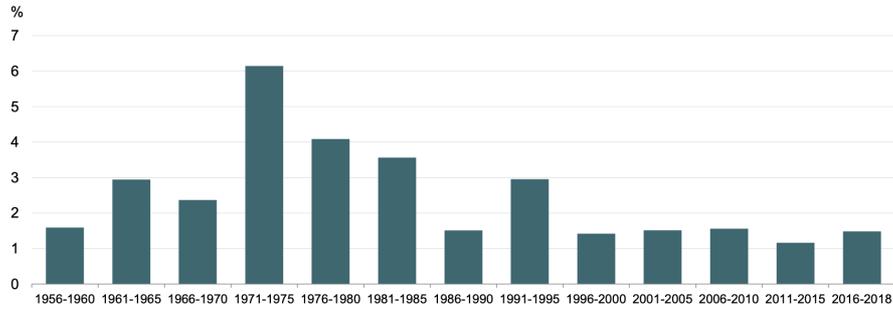
Inflationsraten in Deutschland

⁸² Der betrachtete Index ist ein **Laspeyres-Index**, d.h. das „Mengengerüst“ stammt aus der Basisperiode (aktuell das Jahr 2010). Da im allgemeinen der Konsum relativ teurer gewordener Güter abnimmt und der Verbrauch relativ billiger gewordener Güter zunimmt, „übertreibt“ ein Laspeyres-Index das Ausmaß der Preissteigerungen. Umgekehrt: Ein **Paasche-Index**, bei dem die Gewichte aus der Berichtsperiode („von heute“) stammen, untertreibt eher das Ausmaß der Preissteigerung.

⁸³ In der Praxis heißt das: „Fast 600 Mitarbeiter (des Statistischen Bundesamtes) ermitteln monatlich in 40.000 Läden und anderen Berichtsstellen für einen repräsentativen Warenkorb mit 750 Waren und Dienstleistungen insgesamt rund 350.000 Einzelpreise“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.01.04).

Inflation in Deutschland -5-Jahres – Durchschnitte seit 1956

Durchschnittliche Inflationsrate in Deutschland



Stand: Juli 2019
Quellen: Statistisches Bundesamt, DekaBank

C.2 Stabilität des Preisniveaus

12

Verbraucherpreise in Deutschland^{*)}

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt. * Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI).
Deutsche Bundesbank

4 Sep 2020

Verteilungswirkungen von Inflation

Bei unerwartetem Anstieg des Preisniveaus sinkt der Realwert der Schulden. Verlierer sind also Gläubiger, Gewinner sind Schuldner. Auch der Wert von bereits zuvor nominal vereinbarten Geldeinkommen („Kontrakteinkommen“) sinkt. Verlierer sind also „Kontrakteinkommensbezieher“: Arbeitnehmer, Rentner und Sozialhilfeempfänger - jedenfalls solange deren Einkommen nicht angepasst werden. Weil die Erlöse der Unternehmen durch Inflation „aufgebläht“ werden, die Arbeitskosten (und die Fremdkapitalzinsen) zunächst nominal gleich bleiben, steigen die realen „Resteinkommen“ - also die Einkommen der Unternehmer. Die „Residualeinkommensbezieher“ gewinnen auf Kosten der „Kontrakteinkommensbezieher“.

Verlierer	Gewinner
Gläubiger	Schuldner (insbes.: Staat)
Bezieher fester Einkommen („Kontrakteinkommen“, Transfer-einkommen)	„Residualeinkommensbezieher“ (Unternehmen) – siehe aber Scheingewinnbesteuerung etc.
Geldvermögensbesitzer	Sachvermögensbesitzer

Exkurs: Die Exkurs: die „Phillips-Kurve“

Ein ursprünglich statistisch ermittelter „inverser“ Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote (ALQ) und Inflationsrate (π) war lange Zeit für stabil gehalten worden. Man bezeichnet ihn als „Phillips-Kurve“. Suggestiert wurde, dass die Wirtschaftspolitik eine „Wahlmöglichkeit“ zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit habe („Menu of Choice“):

Erforderliche Parameter fehlen oder sind falsch.

Das mag kurzfristig der Fall sein: Bei unerwartet auftretender Inflation werden die Reallöhne und die Realzinsen - vorübergehend - sinken, die Gewinne vorübergehend steigen. Vermögen wird in Sachwerte umgeschichtet („Betongold“). Das kann vorübergehend zu mehr Beschäftigung und Investitionen⁸⁴ führen.

Solch positive Wirkungen entfaltet Inflation aber allenfalls, solange die Marktteilnehmer von ihr überrascht werden, ihr Verhalten nicht angepasst haben. Die Menschen werden aber aus den Erfahrungen lernen; sie „antizipieren“⁸⁵ die künftige Inflation. Dann werden Gläubiger im Zins und Arbeitnehmer im Geldlohn einen Inflationsausgleich verlangen. Dann hat Inflation keine positiven realen Wirkungen mehr.

Langfristig überwiegen ihre negativen Folgen: Die Geldfunktionen sind beeinträchtigt, Transaktionskosten und Unsicherheit steigen. Die Phillips-Kurve wäre dann sogar nicht bloß eine Senkrechte, sondern eine steigende Funktion der Inflationsrate.

Folgerungen für die institutionelle Ausgestaltung der Geldpolitik

Der Staat als größter Schuldner in der Volkswirtschaft steht ständig in der Versuchung, den Realwert seiner Schulden durch Inflation zu senken. Er sollte also möglichst keinen Einfluss auf

⁸⁴ Jedenfalls dann, wenn die Unternehmen den inflationsbedingten Anstieg der Gewinne – irrtümlich – für dauerhaft nehmen, wenn sie also einer „Geldillusion“ unterliegen.

⁸⁵ Das heißt: „gedanklich vorwegnehmen“.

die Geldpolitik haben: Die Geldpolitik gehört in die Hände einer politisch unabhängigen, auf Geldwertstabilität verpflichteten Institution.

Hoher Beschäftigungsstand

Gemeint: Vermeidung von Unterbeschäftigung des Faktors Arbeit. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen einen Eingriff in ihre individuelle Wohlfahrt und in ihre Privatautonomie. Bei Unterbeschäftigung geraten die Anbieter von Arbeit in eine unterlegene Position, die Nachfrager dagegen in eine Ausbeutungsposition, was die Freiwilligkeit des Austausches beeinträchtigt. Allerdings kann niemals rechnerische „Vollbeschäftigung“ erreicht werden.

Formen der Arbeitslosigkeit:

→ Strukturelle Arbeitslosigkeit:

Sie entsteht, da Berufe einem Strukturwandel unterliegen und das Qualifikationsangebot nicht der Nachfrage entspricht.

→ Friktionelle Arbeitslosigkeit:

= Sucharbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit ab der Entlassung bis Wiedereinstellung.

→ Konjunkturelle Arbeitslosigkeit:

$$C + I + G + (Ex - Im) < Y^*$$

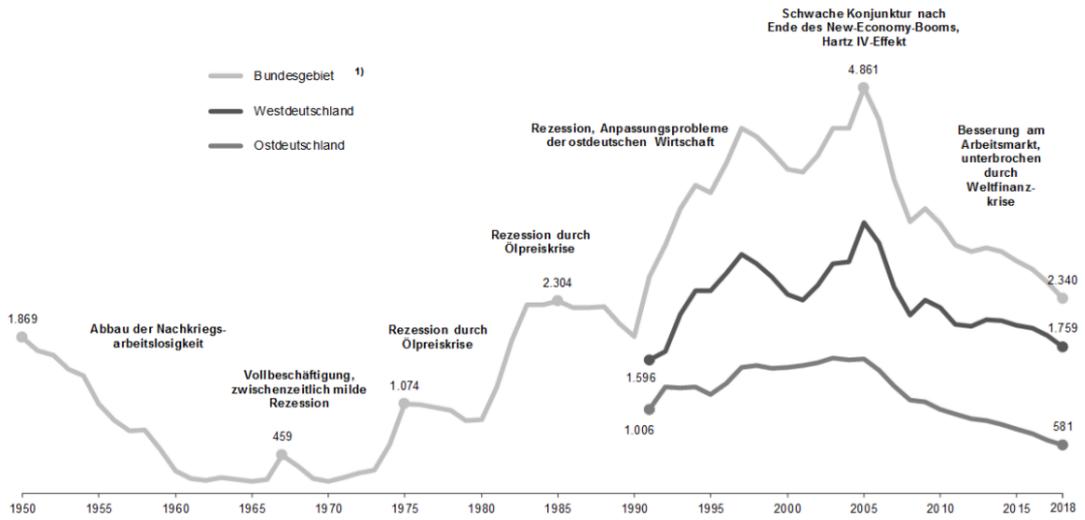
Nachfrage < Angebot (= Produktionspotential)

→ Klassische Arbeitslosigkeit

Mindestlohnarbeitslosigkeit

Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wurde seit den frühen 70er Jahren ständig und immer eklatanter verfehlt. Die Arbeitslosigkeit war kein Konjunkturphänomen mehr. Besonders besorgniserregend war, dass die „Sockelarbeitslosigkeit“ von einem Konjunkturzyklus zum nächsten stieg.

Die Hauptursachen für die hohe, verfestigte Arbeitslosigkeit war nach Meinung vieler Ökonomen in „vermachteten“ Arbeitsmärkten zu suchen: Die Tarifvertragsparteien schließen fortlaufend „Verträge zu Lasten Dritter“ d.h. derer, die zum herrschenden Lohn keine Arbeit finden. Die Kosten der Arbeitslosigkeit wurden der Allgemeinheit aufgebürdet. Das ist Inhalt der „Insider-Outsider-Theorie“. Nach Meinung mancher haben die „Hartz IV“-Reformen diesen Mechanismus durchbrochen. Zu beobachten ist jedenfalls seit 2005 ein signifikanter Rückgang der Anzahl der Arbeitslosen (und eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig(!) Beschäftigten). Verblieben ist ein verfestigter Kern an Langzeitarbeitslosen.



¹⁾ Bundesgebiet: bis 1958 ohne Saarland, bis 1990 Bundesgebiet West (ohne das Gebiet der ehemaligen DDR).

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Außenwirtschaftliche Transaktionen werden in der Zahlungsbilanz erfasst*.

Zahlungsbilanz

Leistungsbilanz

Handelsbilanz

Exporte von Waren

Importe von Waren

Dienstleistungsbilanz

Exporte von Dienstleistungen

Importe von Dienstleistungen

Bilanz der Primäreinkommen

Empfangene Erwerbs- und
Vermögenseinkommen

Geleistete Erwerbs- und
Vermögenseinkommen

Bilanz der Sekundäreinkommen

Empfangene laufende Übertragungen

Geleistete laufende Übertragungen

Vermögensübertragungsbilanz

Empfangene Vermögensübertragungen

Geleistete Vermögens-
übertragungen

Kapitalbilanz

Kapitalimport

Kapitalexport

- Neue Schulden gegenüber Ausland -

- Kredite an das Ausland

- Kapitalrückzahlungen durch das Ausland

- Kap.rückzahlungen an das Ausland

Devisenbilanz

Verringerung des Devisenbestandes
bei der Zentralbank

Erhöhung des Devisenbestandes

Restposten

Saldo der statistisch nicht aufliegender Transaktionen

Per Definition ist die Zahlungsbilanz im Ganzen ausgeglichen. „Unausgeglichen“ können nur Teilbilanzen sein. Was ist also unter „außenwirtschaftlichem Gleichgewicht“ zu verstehen?

Bei Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes, zu Zeiten weltweit fester Wechselkurse (des bis 1973 geltenden Bretton-Woods-Systems), war eine ausgeglichene Devisenbilanz vordringliches außenwirtschaftliches Ziel: Bei dauerhaften Devisenverlusten drohte eine Abwertung der Währung, bei dauerhaften Zuflüssen ein „importierte“ Inflation.

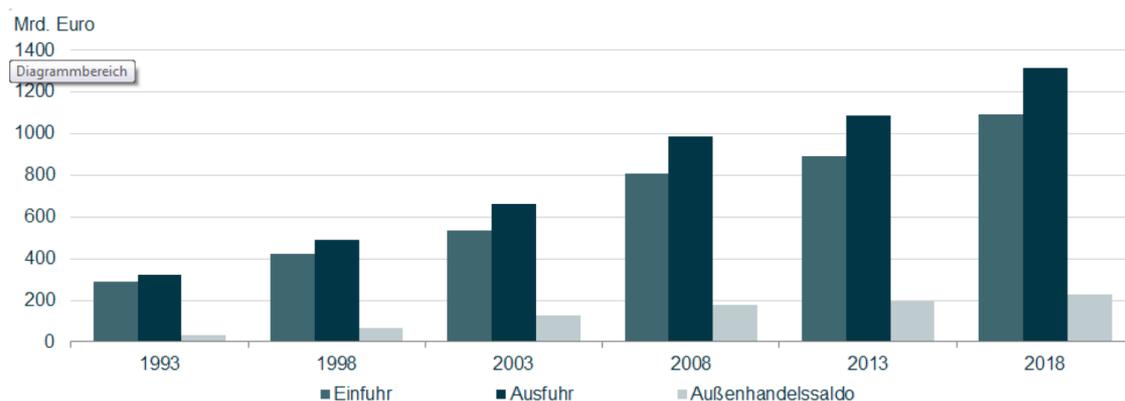
Abgesehen davon galt es nach nachfrageseitiger Logik, ein Leistungsbilanzdefizit als „Abzugsposten“ der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu vermeiden. Umgekehrt galt ein

Leistungsbilanzüberschuss als unfein: als Indiz für den Versuch, Beschäftigungsprobleme auf Kosten der Handelspartner zu lösen („Beggars-my-neighbor“-Politik“).

Heute kann allenfalls die Vermeidung „übermäßiger“ Auslandsverschuldung (fortlaufender Leistungsbilanzdefizite, d.h. von Kapitalimporten) als konsensfähiges Ziel gelten. Was als „übermäßig“ zu werten ist, kommt aber auf die Verwendung der Kapitalimporte an: Wenn sie produktiv verwendet, d.h. investiert werden, kann man die Auslandsschulden später auch bedienen. Wenn sie „verfrühstückt“ - also konsumiert - werden, hat man in der Tat irgendwann ein Problem.

Umgekehrt sind auch ständige Leistungsbilanzüberschüsse, wie sie Deutschland am aktuellen Rand verzeichnet, nicht stets unproblematisch. Denn: Spiegelbild von Leistungsbilanzüberschüssen sind tendenziell⁸⁶ Kapitalexporte. Während also manche Beobachter Deutschlands Exportüberschüsse als Beleg internationaler Wettbewerbsfähigkeit werten, sehen andere in ihnen Anzeichen für eine ausgeprägte Standortschwäche: dafür, dass Investitionen im Ausland attraktiver sind.

Deutscher Außenhandel



ANHANG

Quellen zur konjunkturellen Entwicklung und zur Wirtschaftspolitik

„Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“

Der unabhängige Sachverständigenrat (auch die „Fünf Weisen“⁸⁷ genannt) wurde 1963 von der Regierung Erhard ins Leben gerufen. Er legt jährlich (im November) sein Jahresgutachten vor, das neben ausführlichen Analysen der nationalen und internationalen Wirtschaftslage vor allem grundsätzliche Überlegungen und Empfehlungen zur Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik enthält. Die Gutachten seit 1999/2000 sind – neben einer Fülle von Konjunkturindikatoren - unter <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de> zugänglich.

Wirtschaftsforschungsinstitute (Auswahl)

- DIW Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

⁸⁶ .. das heißt vor allem abgesehen von Salden der Devisenbilanz.

⁸⁷ Die werden von Journalisten regelmäßig mit den Wirtschaftsforschungsinstituten verwechselt - was früher zumindest verständlich war, weil es davon auch fünf gab.

- Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
- ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle
- RWI Essen, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
- ZEW Mannheim

Weitere Quellen

- Deutsche Bundesbank
(http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Home/home_node.html)
- Statistisches Bundesamt (<https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (<http://www.bmwi.de>)
- Bundesministerium der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de>)
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (<http://www.insm.de>)
- Stiftung Marktwirtschaft/Kronberger Kreis (<http://www.frankfurter-institut.de>). Der Kronberger Kreis verfasst fundierte, allgemeinverständliche Studien zu wirtschafts- und ordnungspolitischen Themen.
- Fundierte und verständliche Analysen zu aktuellen Themen finden sich auf der Homepage der Deka-Bank: <https://www.deka.de/>

Abkürzungsverzeichnis

AMÜ	Angebotsmengenüberschuss
AT	Angebot
BIP	Bruttoinlandsprodukt
C	Konsumgüter/Konsumausgaben
C ₀	autonome Ausgaben des privaten Konsums
c	marginale Konsumquote
dx/dv	Grenzertrag des Produktionsfaktors v
Ex	Export
G	Staatsausgaben
GK	Grenzkosten
I	Investitionsgüter/Investitionsausgaben
Im	Import
M	Geldmenge
ME	Mengeneinheiten
n	Anzahl
N	Nutzen
NF	Nachfrage
NMÜ	Nachfragemengenüberschuss
p	Preis

p^*	Gleichgewichtspreis
P	Preisniveau
π	Inflationsrate
Per	Periode
S	Ersparnis
T	Steuern
U	Umlaufgeschwindigkeit des Geldes
v	Produktionsfaktor
x	Gut
Y	Volkseinkommen, Produktion
Y^D	effektive Nachfrage
Y_r	Güterangebot